

Herbert Elzer

# Die Schmeisser- Affäre

Herbert Blankenhorn, der „Spiegel“  
und die Umtriebe des französischen  
Geheimdienstes im  
Nachkriegsdeutschland (1946–1958)

**HMRG**

Geschichte

HMRG Beihefte 68

**Franz Steiner Verlag**

Die Schmeisser-Affäre



Historische Mitteilungen  
Im Auftrage der Ranke-Gesellschaft

HERAUSGEGEBEN VON  
Jürgen Elvert und Michael Salewski

Band 68

Herbert Elzer

# Die Schmeisser-Affäre

Herbert Blankenhorn, der „Spiegel“  
und die Umtriebe des französischen  
Geheimdienstes im  
Nachkriegsdeutschland (1946–1958)



Franz Steiner Verlag 2008

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-515-09117-6

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.

© 2008 Franz Steiner Verlag, Stuttgart. Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Druck: Printservice Decker & Bokor, München  
Printed in Germany

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort .....	9
Einleitung.....	11
I. Geheimdienste in Frankreich und in Deutschland .....	17
1) Die französischen Geheimdienste .....	17
a) Geschichte und Organisation .....	17
b) Die „Affaire des Généraux“ .....	20
2) Nachrichtendienste im Saarland und in der Bundesrepublik Deutschland .....	23
II. Bayern.....	25
1) Die Regierungsbildung im Dezember 1946 .....	25
a) Hinter den Kulissen von München.....	25
b) Christian Jürgen Ziebell .....	29
2) Aktendiebstahl in der Staatskanzlei im November 1947.....	35
a) Der Einbruch und seine Hintergründe.....	35
b) Hans-Konrad Schmeisser .....	41
III. Pfalz .....	44
1) Schmeisser in Landau, Boppard, Ludwigshafen und Saarbrücken (1947-1951).....	44
2) Das Agentenehepaar Ziebell und die Nachrichtenfalle der BST .....	48
3) Operationsgebiet Pfalz .....	50
a) Der pfälzische Separatismus .....	50
b) Die versuchte Unterwanderung der Schnellpressenfabrik Albert in Frankenthal.....	52
c) Komplexe Motive: Nachrichtenbeschaffung, Kontrolle, Gewinnsucht.....	57
IV. Saar.....	61
1) Schmeisser, Schretzmair und die Bonner Ministerien im Konflikt um die Saar.....	61
2) Das „Remer-Telegramm“ .....	65
a) Die Vorgänge vom Mai 1951 .....	65
b) Aufklärungsbemühungen.....	67
3) Otto Strasser und der französische Geheimdienst.....	74
a) Heimkehr via Saar? .....	74
b) Der „Bund für Deutschlands Erneuerung“ und seine Bonner Kontakte .....	83
4) Aloys Masloh: Im Dienste Strassers, Stalins, der <i>Sûreté</i> und der Saarregierung.....	88
a) Ein Agentenleben .....	88
b) Das „Zentral-Institut für Landesforschung“ in Saarbrücken.....	94
5) Der betrügerische Bankrott des Saarbrücker Kaufhauses Walter .....	99
V. Rheinland .....	102
1) Herbert Blankenhorn.....	102
a) Karriere.....	102
b) Im Dritten Reich.....	105

2) Der Angriff des „Spiegel“ auf Blankenhorn vom 9. Juli 1952.....	109
a) „Am Telefon vorsichtig“ .....	109
b) Die Grundtendenz des „Spiegel“-Artikels und die Verteidigungslinie Blankenhorns .....	111
3) Dichtung und Wahrheit: Strittige Einzelheiten des „Spiegel“-Artikels.....	118
a) Der „Speidel-Plan“ – Verrat militärischer Geheimnisse? .....	118
b) Protokolle des Parlamentarischen Rates – unzulässige Weitergabe vertraulicher Dokumente? .....	119
c) Kooperation gegen den Kommunismus und ihre Bezahlung – Agententätigkeit für Geld und Geschenke? .....	120
d) Evakuierung – Privileg oder Notwendigkeit? .....	124
e) Wahlkampfspende an die CDU/CSU?.....	127
f) Beeinflussung des Hauptstadtstreits zwischen Bonn und Frankfurt a.M.?.....	129
g) Rätsel um Reifferscheidt: Separatist oder Wirtschaftsmann?.....	134
4) Das Zeitungsprojekt des CDU-Zonensekretariats.....	137
 VI. Hessen .....	 141
1) Das LfV Wiesbaden 1951/52.....	141
a) Paul Schmidt und Ziebells Rolle im LfV.....	141
b) Schmeissers Existenzangst (1951) .....	143
c) Die Vernehmungen Schmeissers und Schretzmairs im November 1951.....	145
2) Schmeisser in Paris (Winter 1951/52).....	149
3) Spannungen auf diplomatischer Ebene.....	153
4) Schmeissers Tätigkeit für Schwebbach in Frankfurt a.M. und seine Eigenmächtigkeiten (Frühling/Sommer 1952).....	155
5) Ziebells Instrumentalisierung des LfV Wiesbaden.....	159
6) Die Einschaltung des „Spiegel“.....	163
a) „Falsch wie die Taube“ – der Schlag gegen Hella Hubaleck im „Spiegel“ am 2. Juli 1952.....	163
b) Schmeissers „Zweckberichte“.....	166
c) Die Recherchen des Wiesbadener „Spiegel“-Redakteurs Hans-Hermann Mans....	169
d) „Kriegsrat“ in Hannover am 5. Juli 1952.....	173
7) Die hessische Landesregierung in der Defensive .....	176
a) Das LfV Wiesbaden im Fokus der Öffentlichkeit .....	176
b) Die Entlassung von Paul Schmidt.....	182
8) Im Dickicht der Affären.....	187
a) Eklat um den BDJ .....	187
b) Die Krüger-Affäre .....	190
9) Ziebells Gegenspieler: Friedrich Victor Risse.....	192
 VII. Bonn .....	 198
1) Ratloses Schweigen – die CDU/CSU und der Fall Schmeisser .....	198
a) Der Mitwisser: Franz Josef Strauß .....	198
b) Die Zügelung der hessischen CDU .....	201
2) Die Rolle des SPD-Parteiorgans .....	202
a) Behutsames Auftreten im Juli/August 1952.....	202

b) Schumacher, Heine und das Schmeisser-Material.....	203
c) Ziebell, Heinrich Ritzel und die Saarpolitik der SPD.....	207
d) Die Version Ziebells über seine Beziehungen zum SPD-Parteivorstand.....	211
e) Schmidt und Schuster als „Aufpasser“ des Parteivorstands in Hessen? .....	214
3) Ziebell im Visier der Bundesbehörden .....	216
a) Informationsaustausch zwischen den Bundesministerien .....	216
b) Ziebells Verhaftung in Berlin im Herbst 1952 und die Einbehaltung seines Reisepasses.....	218
4) Der Bottlerplatz unter Verdacht: Inspirierte das BMG den „Spiegel“-Artikel? .....	221
a) Bodens, Mans und das Treffen von Saar-Oppositionellen in Deidesheim am 21. Juni 1952 .....	221
b) Schuldzuweisung an Bodens durch Ziebell und Zweig .....	224
c) Die Vernehmung Konrad Adenauers.....	227
d) Angriffe auf Bodens aus dem LfV Wiesbaden.....	228
e) Die Intervention des Überläufers Georg Schneider.....	230
f) Ermittlungen der Organisation Gehlen.....	234
g) Oberst Reile.....	237
5) Blankenhorn und die Saar 1952 .....	240
VIII. Köln .....	247
1) Otto John, die Westalliierten und die Saar .....	247
a) Der Vertrauensmann von London und Paris.....	247
b) Verweigerte Hilfe: John und die prodeutsche Opposition an der Saar .....	249
2) Das BfV und die Schmeisser-Affäre .....	253
3) Die Spezialmissionen von Friedrich Riedel.....	256
a) Frankfurt a.M. – gute Ratschläge für Schmeisser.....	256
b) München – verbrämte Verhandlungen.....	259
c) Starnberg – Einbruch bei Schmeisser? .....	261
d) Kein Angebot, kein Einbruch – die Perspektive Riedels.....	264
4) Bemühungen weiterer Nachrichtenhändler im Fall Schmeisser.....	267
a) Oberst a.D. Wolfgang Müller .....	267
b) Hanswalter Zech-Nenntwich alias Dr. Nansen .....	268
5) Schmeissers Lage seit August 1952 und die Intervention Risses .....	271
a) Umworben und „beschützt“ – Schmeisser im Herbst 1952 .....	271
b) Ein neues Aufgabenfeld: Schmeisser in der Schweiz .....	272
c) „Der Fall Schmeisser ohne Schminke“ – Risses Botschaft von 1956 .....	275
d) Der Widar-Verlag und die Rezeption der Broschüre .....	278
IX. Im Zangengriff Ziebells: Was steckt hinter dem Artikel „Am Telefon vorsichtig“?.....	280
X. Der Schmeisser-Prozess.....	290
1) Ein Geflecht von Strafanzeigen – die erste Phase der Prozessgeschichte (1952-1954) 290	
2) Im Ermessen der Politik: Aussagegenehmigungen für John und Riedel?.....	296
3) Der kurze Prozess am 26./27. September 1955 .....	300
4) Der Fall Schmeisser im Bundestag (7. Dezember 1955) .....	308

5) Juristisches Nachspiel (1955-1958) .....	311
XI. Das Schicksal der Beteiligten nach Ende der Schmeisser-Affäre .....	315
1) Die Agenten .....	315
2) Herbert Blankenhorn.....	317
a) Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen .....	317
b) Der Fall Strack.....	322
Schlussbetrachtung .....	325
Abkürzungsverzeichnis .....	336
Quellen und Literatur .....	340
Abbildungsverzeichnis .....	373

## VORWORT

Als der Verfasser 1995 im Rahmen seiner Recherchen zur Saarfrage auf Unterlagen zum Fall Schmeisser stieß, reizte es ihn, diese *terra incognita* zu ergründen. Dem vereinzelt Aktenfund folgten systematische Forschungen. Vor allem die Bestände von Bundesministerien erwiesen sich als äußerst ergiebig. Die jeweiligen Ressortspezialisten im Bundesarchiv Koblenz ließen nichts unversucht, auch vagen Hinweisen auf den Verbleib von Dokumenten nachzugehen. Hier sei stellvertretend Herr Reinhold Bauer für das BMJ genannt. Während manche Dossiers ohne weiteres zugänglich waren, blieben andere einstweilen unter Verschluss. Insbesondere den Bemühungen des für Fragen des Geheimschutzes im Bundesarchiv zuständigen Abteilungsleiters Herrn Dr. Matthias Rest ist es zu verdanken, daß zentrale Akten deklassifiziert wurden. Zwar blieben die Tore des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln verschlossen, doch immerhin wurden einzelne Dokumente zur Auswertung freigegeben.

Im Auswärtigen Amt erfuhr der Verfasser ebenfalls wertvolle Unterstützung, für die er den Verantwortlichen mit Nachdruck danken möchte. Insbesondere Herr Knud Piening setzte sich erfolgreich für die Benutzung von VS-Akten ein, die von großer Relevanz waren. Im Archiv der sozialen Demokratie Bonn half Herr Wolfgang Stärke bei der Lokalisierung äußerst wichtiger Unterlagen. Ergänzende Schriftstücke konnten im Archiv für christlich-demokratische Politik St. Augustin unter Mitwirkung von Herrn Dr. Reinhard Schreiner, im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden durch Beratung von Herrn Bernward Helfer und im Landesarchiv Saarbrücken dank der Hinweise von Herrn Michael Sander ermittelt werden. Der Printkonzern Koenig & Bauer öffnete bereitwillig sein Firmenarchiv: Die vormalige Schnellpressenfabrik Albert war Ziel einer Geheimdienstoperation geworden. Auch den Mitarbeitern von Pressedokumentation und Bibliothek des Deutschen Bundestages, des Bundespresseamtes, der Universitäts- und Landesbibliothek Bonn sowie der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung sei herzlich gedankt.

Für die umfassende technische Bearbeitung der Vorlage ist in erster Linie Herrn Peter Skurewicz, aber auch Herrn Gerrit Krupp große Anerkennung zu zollen. Die Endproduktion wurde vom Steiner-Verlag Stuttgart routiniert gestaltet. Der Ranke-Gesellschaft – insbesondere Herrn Professor Dr. Jürgen Elvert (Köln) – gebührt Dank für die Aufnahme des Buches in ihre wissenschaftliche Reihe. Der „Spiegel“ stellte einige Photos aus seinem reichhaltigen Bildarchiv zur Verfügung, Herr Klaus Altmeyer (Lebach) besorgte freundlicherweise Bilder aus dem Umfeld der Saarpolitik, die Bundesbildstelle ein Porträt Blankenhorns.

Andernach, im September 2007

Herbert Elzer



## EINLEITUNG

Als der Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, am 20. Juli 1954 in Ost-Berlin aufgetaucht war, schrieb Franz Josef Strauß wenige Tage später an Bundeskanzler Adenauer, er habe in ihm „nie etwas anderes gesehen als den Mitarbeiter des *Secret Service*“. Schlimmer noch: „Ich bin fest davon überzeugt, daß in allen Ministerien und in allen wichtigen Dienststellen Vertrauensleute östlicher und westlicher Nachrichtendienste sitzen.“ Strauß forderte deshalb eine „genaue Überprüfung aller Geheimnisträger der Bundesregierung und aller Inhaber von Schlüsselpositionen.“<sup>1</sup> Wie begründet seine Sorgen waren, wird aus dieser Studie hervorgehen.

Eine „unterwanderte Republik“ (Hubertus Knabe) bestand schon in der Gründerzeit, bevor die Staatssicherheit der DDR das Ihre dazu beitrug. Obwohl der Kalte Krieg tobte, verliefen die Frontlinien keineswegs ausschließlich entlang der ideologischen Barrieren. Im Laufe der 1950er Jahre bröckelten allmählich die Beziehungen zwischen den Geheimdiensten der Westmächte und der Sowjetunion ab – das geteilte Deutschland wurde „zum eigentlichen Schlachtfeld des Geheimen Krieges“<sup>2</sup>. Wenige Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sah dies anders aus, mochten auch die Gemeinsamkeiten schwinden. Eine bestand jedenfalls fort: das mit größter Kraftanstrengung niedergerungene Deutschland nicht wieder zu einem Faktor werden zu lassen, der den Weltfrieden in Gefahr bringen konnte. Hier die Grenzen zu ziehen, war freilich nicht einfach: Die UdSSR und Frankreich gingen in der Außenpolitik deutlich weiter in ihren Eindämmungsbestrebungen als die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Ähnlich verhielt es sich in der Parallelwelt der Geheimdienste.

Die staatlichen Strukturen entbehrten in den späten 1940er Jahren mancherorts noch immer der Festigkeit – ganz besonders in Deutschland. In der Mitte Europas strebten die siegreichen Alliierten danach, ihren Einfluß zu stärken. Gewiß: Der ideologische Gegensatz zwischen dem demokratischen Westen und dem kommunistischen Osten überschattete in wachsendem Maße diese Entwicklung. Die auf Integration bedachten Angelsachsen und das scharfe Kontrollen bevorzugende Frankreich waren in der Deutschlandpolitik oft uneins. Frankreich wurde nicht durch einen Ozean vor Deutschland geschützt und sann deshalb auf besondere Sicherheitsvorkehrungen. Territoriale Aspekte spielten für Paris im Unterschied zu Washington und London eine wichtige Rolle. Für unseren Kontext sind die sich in konkreten Aktivitäten verdichtenden föderalistisch-separatistischen Gedankenspiele für bestimmte Regionen von Belang. Rheinstaat, Donauföderation, Eigenständigkeit von Bayern und der Pfalz sowie die wirklich vollzogene Abspaltung der Saar vom übrigen Deutschland lauten die wichtigsten Stichwörter. Diese Themenpalette bot Ansatzpunkte für ein Engagement des französischen Geheimdienstes.

Die Nachkriegszeit stand unter eigenen Gesetzen. Wagemutige, talentvolle aber auch skrupellose Personen konnten Großes erreichen. Diese Studie soll nicht abstrakt bleiben, sondern Menschen in außergewöhnlicher Funktion beobachten: Es ist die Geschichte mehrerer französischer Agenten deutscher Nationalität, die sich im Umfeld jener von Frankreich geförderten Bemühungen um eine Zerschlagung oder zumindest Lockerung der staatlichen Einheit Deutschlands bewegten. Ihre Biographien sollen nicht bloß die Ziele des französischen Nachrichtendienstes, sondern auch Macht und Ohnmacht des Einzelnen im unterirdischen Getriebe transparent machen.

---

<sup>1</sup> BA, B 136, Bd. 1755, Bl. 72-78, Schreiben von Strauß an Adenauer, 31.7.1954, hier: Bl. 72-76.

<sup>2</sup> De Gramont, *Der geheime Krieg*, S. 473.

Es geht freilich mitnichten allein um Agenten. Im Mittelpunkt des Buches steht eine Affäre, die für die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer existenzbedrohend hätte werden können. Der Kanzler selbst, vor allem aber sein wichtigster außenpolitischer Berater Herbert Blankenhorn wurden in einem „Spiegel“-Artikel vom 9. Juli 1952 in die Nähe landesverräterischer Umtriebe gerückt. Der auf die säkulare Aussöhnung mit Frankreich fixierte Adenauer und sein Mitarbeiter Blankenhorn – frühere Informanten oder gar Agenten des französischen Geheimdienstes? Die zeitgenössische Presse hütete sich, diese Anschuldigung ungeprüft zu übernehmen. Immerhin wartete der spektakuläre Artikel des „Spiegel“ mit zahlreichen Einzelheiten auf.

Die Bewandnis dieses Artikels und seine Vorgeschichte konnten bis heute nicht aufgeheilt werden. Es genügt nicht, sich mit den Details zu befassen, die der „Spiegel“ kolportierte. Obwohl diese Publikation große Aufmerksamkeit erregte, gelang es den Zeitgenossen nicht, Licht in das Dunkel zu bringen. Durch Strafanzeigen wurde die Sache zu einem Justizfall, der mangels Transparenz bald in Vergessenheit geriet. Nach jahrelangen Ermittlungen begann im September 1955 ein Prozeß gegen die Verantwortlichen des „Spiegel“ – um sofort in einem Vergleich zu enden. Das Geheimnis der Schmeisser-Affäre wurde nicht gelüftet.

Hatten Adenauer und Blankenhorn tatsächlich ausgangs der 1940er Jahre Verbindungen zum französischen Geheimdienst gepflegt? Wenn ja: War dies anstößig oder normal für jene exzeptionellen Zeitläufte? Es wird sorgfältig zu rekonstruieren sein, was damals geschehen ist. Mindestens ebenso wichtig sind die Hintergründe der „Spiegel“-Veröffentlichung. Sie sind verwickelt und führen in das tiefste Gestrüpp nachrichtendienstlicher Kabalen und parteipolitischer Auseinandersetzungen – aber sie lassen sich ergründen.

Eine Voraussetzung für das Verständnis dieser Studie ist elementare Kenntnis der Geheimdienste, die in Frankreich, dem damals „autonomen“ Saarland und in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bestanden. Unser Thema, aber auch der geringe Bekanntheitsgrad der Organisation des französischen Nachrichtendienstes, läßt eine ausführlichere Darlegung der Verhältnisse in unserem westlichen Nachbarland geboten erscheinen (Kap. I). Dann begeben wir uns nach Bayern, wo 1946/47 Ziebell, Schmeisser und Risse im Kontext der Entnazifizierung ihre Karriere begannen (Kap. II). Anschließend verlagerte sich der Schwerpunkt in die Pfalz (Kap. III). Dort gab es separatistische Tendenzen, die Frankreich diskret förderte, aber auch die Gelegenheit zur Infiltration deutscher Firmen.

Ab 1950 konzentrierte sich die Aufmerksamkeit des französischen Geheimdienstes auf die Saar, denn dort bestanden konkrete Aussichten, ein Territorium von Deutschland abzutrennen. Wir werden anhand mehrerer Operationen verfolgen können, wie die Gegner dieser Entwicklung bekämpft wurden: Der prodeutschen Demokratischen Partei Saar dichtete man Beziehungen zur neonazistischen Sozialistischen Reichspartei an (Kap. IV.2), der Nazi-Dissident Otto Strasser sollte zur Kompromittierung des Oppositionsführers Heinrich Schneider nach Saarbrücken gebracht werden (Kap. IV.3). Mit Aloys Masloh agierte neben Ziebell und Schmeisser ein weiterer einschlägiger französischer Agent an der Saar, dessen Laufbahn exakte Rekonstruktion verdient (Kap. IV.4).

Sodann betrachten wir die Person Blankenhorns und nehmen unter die Lupe, wie es mit den Vorwürfen bestellt war, die der „Spiegel“ gegen den Ministerialdirektor erhob (Kap. V). Die eigentliche Vorgeschichte des Artikels „Am Telefon vorsichtig“ führt nach Hessen. Im LfV Wiesbaden herrschten unter Paul Schmidt erstaunliche Zustände (Kap. VI.1). Der Doppelagent Ziebell spann von hier aus seine Intrigen gegen die Bundesregierung (Kap. VI.5). Seit Frühling 1952 beteiligte sich der „Spiegel“ über seinen Korrespondenten Hans-Hermann

Mans am verborgenen Gerangel in Hessen um angebliches Belastungsmaterial gegen Blankenhorn (Kap. VI.2-4). Nach einer Attacke gegen die Agentin Hubaleck und ihre Verbindungsleute in deutschen Ministerien (Kap. VI.6) folgte der Schlag gegen Blankenhorn. Das LfV Wiesbaden geriet alsbald unter Beschuß, was die Aufopferung von Paul Schmidt nach sich zog (Kap. VI.7).

Während die CDU/CSU dem Treiben eher ratlos zuschaute (Kap. VII.1), fällt die Behutsamkeit der SPD bei dieser Affäre auf. Wieso versuchte die größte Oppositionspartei nicht mit mehr Nachdruck, etwaige Verstrickungen Blankenhorns aufzudecken? Die Gründe liegen in Rivalitäten zwischen der hessischen und der Bonner SPD, in saarpolitischen Kapriolen des Bundestagsabgeordneten Ritzel sowie in der peinlichen Zusammenarbeit des Parteivorstands mit dem übel beleumundeten Ziebell (Kap. VII.2), den die Bundesbehörden längst sorgfältig beobachteten (Kap. VII.3).

Adenauer verdächtigte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), am „Spiegel“-Artikel zumindest mitschuldig zu sein. Der Gegensatz zwischen Auswärtigem Amt und BMG in der Saarpolitik wurde als Motiv vermutet. Agenten wie Ziebell, Zweig oder Georg Schneider schürten dieses Mißtrauen. Nachforschungen der Organisation Gehlen und des BfV ergaben freilich ein anderes Bild (Kap. VII.4). Im übrigen muß durchaus geprüft werden, ob der französische Geheimdienst in der Lage war, Blankenhorn in bezug auf die Saar zu erpressen (Kap. VII.5). Der Leiter des BfV, Otto John, wußte seit langem Bescheid über die Behauptungen Schmeissers. Er verhielt sich im ersten Halbjahr 1952 dennoch zögerlich (Kap. VIII.1 und 2). Nach Erscheinen des Artikels wurde jedoch der Agent Riedel beauftragt, mit Schmeisser Kontakt aufzunehmen... (Kap. VIII.3).

Wie passen diese verschiedenen Handlungsebenen zusammen? Es wird eine klare Interpretation der Bedeutung des „Spiegel“-Artikels unterbreitet (Kap. IX). Danach muß der Schmeisser-Prozeß in seinen wesentlichen Stationen verfolgt werden, dessen juristische Winkelzüge ein Spiegelbild politischer Verschleierungsmanöver darstellen (Kap. X). Der Bundesregierung bot sich dabei mit Friedrich Victor Risse ein Zeuge an, der als Widerpart Schmeissers und Ziebells schon in München und Wiesbaden gewirkt hatte (Kap. II.1b, VI.9). Der CIA-Agent verfaßte 1956 eine antikommunistische Broschüre über den Fall Schmeisser (Kap. VIII.5). Schließlich soll das weitere Schicksal der uns begegneten Agenten kurz beschrieben werden. Zugleich wird gezeigt, wie Blankenhorn mit Blick auf den deutsch-israelischen Wiedergutmachungsvertrag – also ebenfalls 1952 – sich hinter den Kulissen zu befremdlichen Handlungsweisen verstieg (Kap. XI).

Zweifelsohne ist der Umgang mit Quellen nachrichtendienstlicher Provenienz besonders heikel. Bewußte Irreführungen und Fehlinformationen durch Spione sind auch in schriftlichen Zeugnissen stets möglich – wir werden einige davon ausfindig machen und ihre Zwecke erläutern. Daher müssen Erkenntnisse durch Mehrfachüberlieferung abgesichert oder durch faktische bzw. logisch-argumentative Evidenz bestätigt werden. Wenngleich also beim Genre Geheimdienst außergewöhnliche Vorsicht am Platze ist, darf dies nicht daran hindern, Urteile zu fällen oder Ergebnisse zu formulieren. In den Gefilden des Subversiven ist einiges sicher gar nicht schriftlich fixiert worden, und Originalakten der Nachrichtendienste bleiben gesperrt. Allein, der Vorbehalt des Irrtums besteht bei jeder historischen Einschätzung komplexer Sachverhalte. Der Verfasser glaubt, die weitaus meisten seiner Einsichten hinreichend belegen zu können und nur selten Relativierungen verwenden zu müssen.

Als der Autor Mitte der 1990er Jahre auf gänzlich undurchsichtige Materialien über den Spion Schmeisser stieß, entschloß er sich zu dem Versuch, diese geheimnisumwitterten Schilderungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Die Recherchen konzentrierten sich auf

relevante Bundesministerien, deren Bestände tatsächlich Weiterführendes zu bieten hatten. Neben zugänglichen Akten fanden sich unter Geheimschutz fallende Dossiers, für deren Benutzung seinerzeit nicht immer ein geregeltes Verfahren vorlag.<sup>3</sup> Ihre Freigabe konnte mit Unterstützung des Bundesarchivs Koblenz sukzessive erreicht werden.

Zwar bleibt der Zugang zu den Archiven französischer Geheimdienste der Forschung für mindestens 60 Jahre verschlossen<sup>4</sup>, und er wurde auch für das BfV in Köln<sup>5</sup> und den BND in Pullach<sup>6</sup> verwehrt, doch wichtige Einzeldokumente beider deutschen Geheimdienste flossen in andere Bestände ein. Von besonderem Wert waren die im Bundesarchiv Koblenz gelagerten Akten des Bundeskanzleramt (B 136) und der Bundesministerien des Innern (B 106), der Justiz (B 141) und für gesamtdeutsche Fragen (B 137). Die Geheimakten des BMI werden zu bandweise festgesetzten Zeitpunkten auch ohne Antrag freigegeben, diejenigen des BMG wurden pauschal am 1. Januar 1994 offengelegt. Als Fundgrube erwiesen sich Dossiers der VS-Registratur (B 130) und des „Büro Staatssekretär“ (B 2) im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Mit beträchtlichem Erfolg wurde im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn nach aussagekräftigen Unterlagen gefahndet. Die „Sammlung Personalien“, der Nachlaß von Fritz Heine und die Akten des Sekretariats Heine beim SPD-Parteivorstand förderten viel Interessantes zutage. Im Archiv für christlich-demokratische Politik in St. Augustin war insonderheit der Nachlaß Otto Lenz von Belang. Ferner ist das Hessische Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden zu nennen. Leider ist die Überlieferung für die 1950er Jahre dürftig, doch ein Ordner der Staatskanzlei entran dem Reißwolf. Die Akten des hessischen Innenministeriums gingen bei einem Umzug 1968 verloren, diejenigen des LfV fanden erst seit den 1970er Jahren Beachtung beim zuständigen Archiv.<sup>7</sup> Das hessische Justizministerium beherbergt noch Unterlagen; die gesuchten Materialien existieren einer schriftlichen Auskunft zufolge<sup>8</sup> offenbar nicht mehr.

Ein Firmenarchiv hat ebenfalls einen erklecklichen Beitrag geleistet. Der Printkonzern Koenig & Bauer stellte für seine Frankenthaler Niederlassung Dokumente zur Geschichte der seinerzeitigen Schnellpressenfabrik Albert zur Verfügung, in deren Direktion französische Agenten um 1950 einzudringen trachteten. Außerdem erteilten mehrere Stadtverwaltungen und -archive hilfreiche Auskünfte über den Verbleib von Einzelpersonen anhand von Meldedaten.

In der Stiftung Bundeskanzler-Konrad-Adenauer-Haus in Rhöndorf konnten keine relevanten Aktenstücke ermittelt werden.<sup>9</sup> Der Nachlaß von Rudolf Augstein ist für die Forschung noch nicht zugänglich, im „Spiegel-Archiv“ soll sich keinerlei Material befinden<sup>10</sup>. Zeitungsberichte stammen aus dem Fundus des Bundespresseamtes und der Pressedokumentation des deutschen Bundestages.

<sup>3</sup> Die Probleme der Freigabe von VS-Akten hat Wolfram Werner beim Rhöndorfer Gespräch von 1992 geschildert (Doering-Manteuffel (Hrsg.), Adenauerzeit, S. 47-49). Seit 2006 zeichnet sich eine Wende zum Besseren ab.

<sup>4</sup> Coeuré/Monier/Naud, *Retour*, S. 138; Forcade, *Histoire militaire*, S. 56; Jardin, *Französischer Nachrichtendienst*, S. 117f.; Faligot/Kauffer, *Maitres Espions*, S. 492. – „Pierre Jardin“ ist laut Faligot/Kauffer ein Pseudonym für Michel Durafour (*Maitres Espions*, S. 367, 530).

<sup>5</sup> Insbesondere Mitteilung vom 20.7.2001 über Benutzbarkeit präzise benannter Archivalien.

<sup>6</sup> Laut Schreiben der Abt. Archivwesen des BND vom 6.2.2003 können Akten erst nach Übergabe an das Bundesarchiv Koblenz (Bestand B 206) eingesehen werden. Dies ist für das hier behandelte Thema nicht der Fall.

<sup>7</sup> Schriftliche Mitteilung vom 30.1.2003 und mündliche Auskunft von Herrn Helfer in Wiesbaden am 10.3.2003.

<sup>8</sup> Schreiben des hessischen Justizministeriums vom 26.5.2003.

<sup>9</sup> Schriftliche Mitteilung von Herrn Benedikt Praxenthaler (Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus) am 16.5.2006.

<sup>10</sup> Schriftliche Mitteilung von Herrn Heinz Egleder („Spiegel“-Archiv) vom 4.9.2006.

Der maßgeblich am Fall Schmeisser beteiligte SPD-Politiker Fritz Heine konnte vor seinem Tod befragt werden, entgegnete aber, er wisse nichts mehr von diesen Dingen.<sup>11</sup> Der einzige noch lebende Zeitzeuge ist der „Spiegel“-Journalist Hans-Hermann Mans (geb. 1923). Ihm wiederum ist bis auf die Namen Schmeisser und Ziebell alles entfallen, und er meint, die damaligen Vorgänge interessierten heute niemanden mehr.<sup>12</sup>

Methodisch ist anzumerken, daß eine Anonymisierung von Namen nur vollzogen wird, wenn der Betreffende historisch bedeutungslos war, der Zusammenhang aber einen Schutz der Persönlichkeit ratsam erscheinen läßt. Wer eine gehobene Position bekleidet, ist von zeitgeschichtlichem Rang und somit Objekt der Forschung. Zur Schreibweise: Bei den Personennamen Schmeisser, Strasser, Risse oder Haussleiter stehen „Doppel-s“ und „ß“ in den Quellen nebeneinander. Zwecks Standardisierung wurde die Variante mit dem „Doppel-s“ gewählt.

Eine systematisch-wissenschaftliche Erforschung von Organisation und Wirkungsmechanismen der französischen Geheimdienste hat in den 1990er Jahren an mehreren französischen Universitäten eingesetzt.<sup>13</sup> Sie will sich bewußt von Einzelfallforschung unterscheiden<sup>14</sup>, die für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich ohnehin mangels Archivzugang noch nicht denkbar ist. Dafür muß die Fokussierung der Untersuchungen auf frühere Zeiten in Kauf genommen werden. So bleibt dies für unsere Zwecke unergiebig.

Im Jahre 1956 erschien eine zeitgenössische Kampfbroschüre zum Fall Schmeisser unter den Pseudonymen Max Flemming und Gerd Hover.<sup>15</sup> Ihr wirklicher Autor hieß Friedrich Victor Risse und kam aus dem Agentenmilieu. Die 88seitige Schrift enthält einige wichtige Dokumente, die sich allerdings archivarisch allesamt eruieren lassen. So bemerkenswert manche Schilderungen infolge der intimen Kenntnis des Verfassers sind, so unbefriedigend ist dessen These. Risse will nämlich die Schmeisser-Affäre als Teil einer großangelegten kommunistischen Verschwörung „verkaufen“. Schon seine aktive Zeit war dem Ringen mit dem Bolschewismus gewidmet: Er war berüchtigt als „Kommunistenfresser“.

Im Bereich der Nachrichtendienste tummelte sich auch Hans Frederik. Er skizzierte 1971 den Ablauf der Schmeisser-Affäre und nannte dabei Details, die seine Vertrautheit mit den Zusammenhängen verraten.<sup>16</sup> Indessen hält seine Darstellung wissenschaftlichen Kriterien nicht stand. Er befaßt sich mit den Verhältnissen beim hessischen LfV, weniger mit dem Fall Blankenhorn. Frederik häuft Einzelheiten an, denen der „rote Faden“ ermangelt. Er soll Mitarbeiter des MfS gewesen sein und das Buch als Auftragsarbeit angefertigt haben.<sup>17</sup>

Die eigentliche Forschung begann mit einem Aufsatz von Michael Hollmann.<sup>18</sup> Er stützt sich auf einige Akten des Bundesarchivs. Hollmann sieht einen tagespolitischen und einen übergreifenden Hintergrund für die Schmeisser-Affäre. Der „Spiegel“ habe Mitte 1952 beabsichtigt, die Ratifizierung der Westverträge im Bundestag zu durchkreuzen. Im weiteren Sinne ging es um eine „Frage der Ehre“, denn das von Schmeisser unterstellte Zusammenwirken Adenauers mit den Alliierten galt in der jungen Bundesrepublik als verpönt. Zum Zeitpunkt des Prozesses sei dieses Kalkül freilich nicht mehr aufgegangen. Hinzu kam der gelungene Gegenstoß des Kanzlers durch Ausnutzung der Umtriebe des hessischen

---

<sup>11</sup> Schreiben von Fritz Heine an den Verfasser vom 17.7.2000. Heine starb am 5.5.2002.

<sup>12</sup> Schreiben von Hans-Hermann Mans an den Verfasser vom 20.9.2006.

<sup>13</sup> Forschungsüberblick bei Forcade, *Histoire militaire*.

<sup>14</sup> Forcade distanziert sich merklich von „journalistischen“ Studien wie von Krop oder Faligot und weist auf den Mangel an Archivmaterial hin, der solche Bücher kennzeichne (ebd., S. 54f.).

<sup>15</sup> Flemming bzw. Hover, *Fall Schmeisser*.

<sup>16</sup> Frederik, *Ende einer Legende*, S. 123-132.

<sup>17</sup> Bailey/Kondraschow/Murphy, *Front*, S. 235; Roewer/Schäfer/Uhl, *Lexikon*, S. 149f. Näheres zu Frederik bei Knabe, *Unterwanderte Republik*, S. 115, 120, 157-160, 175-177.

<sup>18</sup> Hollmann, *Ehre*.

Verfassungsschutzes. So zutreffend diese Überlegungen sind: Die subversiven Hintergründe des Falles werden nicht erörtert.

Rüdiger Henkel hat 2001 ein Buch mit Einzelstudien über Spionagefälle vorgelegt. In diesem Rahmen widmet er auch der Schmeisser-Affäre ein Kapitel. Er bietet freilich nur einen Überblick, der an Presseberichten und an der Bundestagsdebatte vom 7. Dezember 1955 orientiert ist. Henkel stellt die richtigen Fragen, doch Antworten kann er nicht präsentieren. Er schließt bezeichnenderweise: „Warum er [Schmeisser, H.E.] einmal so viel Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat, ist nie geklärt worden.“<sup>19</sup> Seit 2003 gibt es ein verdienstvolles „Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert“, das unverzichtbares Basiswissen bündelt. Der hier speziell erörterte Fall kann in einem solchen Rahmen natürlich nicht näher behandelt werden. Das Lexikon enthält aber einige allgemeine Angaben zu Schmeisser und Ziebell.<sup>20</sup> Die erste Untersuchung über die Frühgeschichte eines Landesamtes für Verfassungsschutz wurde 2004 von Wolfgang Buschfort über Düsseldorf veröffentlicht<sup>21</sup>, einen für uns freilich irrelevanten Schauplatz.

Im Herbst 2006 erschien eine Biographie über Blankenhorn von Birgit Ramscheid. Die Autorin konnte jedoch den verwickelten Begebenheiten um Schmeisser verständlicherweise nur oberflächlich nachgehen.<sup>22</sup>

Das ist alles, was an Literatur über die Schmeisser-Affäre existiert. Der Forschungsstand ist demzufolge defizitär. Wir werden zwar viele Monographien und Aufsätze heranzuziehen haben, doch stets nur zu Randaspekten geheimdienstlicher oder politischer Art, auf die wir stoßen. Ansonsten dominieren die Quellen.

Die Ursachen für diese karge Bilanz liegen auf der Hand. Wolfgang Krieger beklagte einmal die Geheimniskrämerei, die auch von westlichen Staaten um die Nachrichtendienste getrieben werde. Die Tore zu den Archiven blieben in aller Regel verschlossen. „Nur mit List und Geschick gelingt es Fachhistorikern, aus Bruchstücken verlässlicher Informationen ein authentisches Bild zusammenzusetzen. Es ist eine Arbeit, die manchmal eher an die Tonscherbenpuzzle des Archäologen als an die Quelle des Zeithistorikers im Informationszeitalter erinnert.“<sup>23</sup> Bei anderer Gelegenheit forderte Krieger die deutsche politische Historiographie auf, der Geheimdienstforschung mehr Beachtung zu zollen.<sup>24</sup> Tatsächlich können sich nicht selten zusätzliche Perspektiven eröffnen, welche die klassischen Forschungsgegenstände der Diplomatie- und Politikgeschichte ergänzen. Der in der deutschen Wissenschaft sträflich vernachlässigte französische Nachrichtendienst<sup>25</sup> ist dabei gewiß keine *quantité négligeable*.

Als die Justizakten zum Fall Schmeisser endgültig beiseitegelegt wurden, bedauerte der „SPD-Pressedienst“ den Einstellungsbeschluss des Gerichts: „Er läßt eine Affäre im Nachrichtenschungel Westdeutschlands endgültig untergehen, die nicht nur vom politischen Interesse sondern auch von historischen Gesichtspunkten her eine Aufklärung verdient hätte.“<sup>26</sup> Diese Monographie soll nach Ablauf etlicher Jahrzehnte eine umfassende Aufklärung leisten.

<sup>19</sup> Henkel, Was treibt den Spion?, S. 118-132, hier: S. 132.

<sup>20</sup> Roewer/Schäfer/Uhl, Lexikon, S. 402, 508.

<sup>21</sup> Buschfort, Hüter.

<sup>22</sup> Ramscheid, Blankenhorn, S. 182-186.

<sup>23</sup> Krieger/Weber, Nutzen, S. 10.

<sup>24</sup> Krieger, Bedeutung, S. 10.

<sup>25</sup> Es gibt keine einzige Publikation aus deutscher Feder über den modernen französischen Geheimdienst. Selbst in einem breit angelegten Sammelband wie dem von Bernd Florath („Die Ohnmacht der Allmächtigen“) kommt er nicht vor.

<sup>26</sup> „SPD-Pressedienst“, 26.11.1957: „Ein Prozeß, der keine Klärung brachte“.

## I. GEHEIMDIENSTE IN FRANKREICH UND IN DEUTSCHLAND

### 1) DIE FRANZÖSISCHEN GEHEIMDIENSTE

#### a) Geschichte und Organisation

Die Nachrichtendienste in Frankreich waren traditionell eine Sache des Militärs.<sup>1</sup> Das 1871 zur Beobachtung der deutschen Truppenbewegungen im besetzten Frankreich gegründete *Deuxième Bureau*<sup>2</sup> – nämlich das Zweite Büro des Kriegsministeriums (seit 1874) – befaßte sich künftig mit militärischer Aufklärung. Der eng mit ihm liierte *Service de Renseignements Militaires* (SR) hatte in der Zwischenkriegszeit hauptsächlich die Aufgabe, die militärischen Fähigkeiten Deutschlands auszukundschaften.<sup>3</sup> Allerdings lieferte sich der SR in den 1920er Jahren auch „Intelligence“-Schlachten mit der als feindselig betrachteten Sowjetunion.<sup>4</sup> Jede Waffengattung erhielt nun einen eigenen SR. Seit 1936 wurde der SR unter seinem neuen Chef Oberst Louis Rivet dem Generalstab angeschlossen. Rivet sorgte im Mai 1940 für die Vernichtung oder Auslagerung aller Dossiers, die für Deutschland wertvoll hätten sein können.

Während des Zweiten Weltkriegs hielt sich im Untergrund ein von patriotischen Kräften getragener Nachrichtendienst unter dem Decknamen „Kléber“, der nicht nur der Vichy-Regierung, sondern auch den Alliierten Informationen lieferte.<sup>5</sup> Dies war das Verdienst Rivets und des Leiters der Deutschland-Abteilung im Bereich Gegenspionage, Paul Paillolle.<sup>6</sup> Gelang es der deutschen Abwehr, eine der Tarnorganisationen zu entdecken, gründeten Rivet und Paillolle flugs eine neue. Kurz nach der Landung der Alliierten in Nordafrika Ende 1942 setzte sich der militärische Geheimdienst unter Paillolle nach Algier ab und stellte sich General Giraud zur Verfügung, der im Dezember das französische Oberkommando in Nordafrika nach der Ermordung des wankelmütigen Admiral Darlan übernommen hatte.

Unabhängig davon entstand im Juli 1940 bei de Gaulle in London ein weiteres *Deuxième Bureau*<sup>7</sup> unter André Dewavrin alias „Passy“<sup>8</sup>, das stets auch die politische Ausrichtung de Gaulles vor Augen hatte: Frankreich konnte seinen Status als Weltmacht nur zurückgewinnen, wenn es in voller Unabhängigkeit auftrat. Dieses *Bureau Central de Renseignements et d'Action militaire* (BCAM) war technisch schwach, fand aber starken Anklang in Frankreich. Dewavrin hatte die geniale Idee, seine Informationen nicht in erster Linie von professionellen Agenten zu beziehen, sondern von jedem Franzosen, der irgendwelche Beobachtungen gemacht hatte. Im November 1943 verlor Giraud den Machtkampf gegen de Gaulle in Algier. Damit endete auch die lähmende Rivalität der beiden Geheimdienste SR und BCAM. Unverzüglich

<sup>1</sup> Zum folgenden bieten einen knappen Überblick: Jardin, *Französischer Nachrichtendienst*; Knipping, „Réseaux“; Roewer/Schäfer/Uhl, *Lexikon*, S. 49, 102f., 109f., 116f., 148f., 384, 413f., 426. Durch dieses Lexikon ist folgendes Nachschlagewerk von 1984 bis auf punktuelle Ergänzungen überholt: Payne/Dobson, *Who's who in Espionage*. Für generelle Informationen über Strukturen und Organisation der Geheimdienste: Baud, *Encyclopédie*; Hirschmann, *Geheimdienste*. – Die grundlegenden Werke zum französischen Geheimdienst werden in den folgenden Anmerkungen zitiert.

<sup>2</sup> Deacon, *French Secret Service*, Kap. 7; Krop, *Secrets*, S. 8-32; Porch, *French Secret Services*, S. 24-38.

<sup>3</sup> Deacon, *French Secret Service*, Kap. 12; Krop, *Secrets*, S. 378-415; Porch, *French Secret Services*, Chapter Six.

<sup>4</sup> Krop, *Secrets*, Kap. V; Faligot/Krop, *DST, Chapitre premier*; Porch, *French Secret Services*, Chapter Five.

<sup>5</sup> Deacon, *French Secret Service*, Kap. 13; Krop, *Secrets*, S. 425-447; Faligot/Krop, *DST, Chapitre II*; Porch, *French Secret Services*, S. 174-176.

<sup>6</sup> Zu Paillolle: Roewer/Schäfer/Uhl, *Lexikon*, S. 337.

<sup>7</sup> Deacon, *French Secret Service*, Kap. 14; Porch, *French Secret Services*, Chapter Eight; Krop, *Secrets*, S. 434-437.

<sup>8</sup> Zu „Passy“: Roewer/Schäfer/Uhl, *Lexikon*, S. 109.

verschmolz Jacques Soustelle<sup>9</sup> im Auftrag de Gaulles beide Organisationen unter der Bezeichnung *Direction Générale des Services Spéciaux* (DGSS) miteinander.<sup>10</sup> Im Herbst 1944 entstand daraus die *Direction Générale des Études et Recherches* (DGER), unter deren Dach die verschiedenen Waffengattungen ihre eigenen Nachrichtendienste beibehielten.<sup>11</sup>

Die am 16. November 1944 errichtete *Direction de la Surveillance du Territoire* (DST)<sup>12</sup> und die 1941 gebildeten *Renseignements Généraux* (RG)<sup>13</sup> bildeten zusammen die *Sûreté Nationale* (SN). Die DST war dem Innenminister unterstellt.<sup>14</sup> In der Frühzeit diente die DST insonderheit der Spionageabwehr im Inland und besaß Polizeicharakter. Erster Direktor war Roger Wybot<sup>15</sup> (1913-1997), der eine Dienststelle des Vichy-Regimes in Marseille geleitet und heimlich eine Widerstandsorganisation daraus gemacht hatte. Er mußte 1941 zu de Gaulle nach London flüchten; dieser vertraute ihm mit Spionageaufgaben. Wybot amtierte bis Dezember 1958 und war an der Wiedereinsetzung de Gaulles beteiligt.<sup>16</sup> Die RG unter Marc Bergé fanden sich nicht kampfflos mit dem Vorrang der DST ab.<sup>17</sup> Sie kümmerten sich um die Beschaffung von Nachrichten im Inland und trachteten seit 1945 danach, ihre Vichy-Ursprünge durch eifrige Jagd nach Kollaborateuren zu überdecken.

„Es gibt bei uns zwei Polizeien: die politische Polizei und die Kriminalpolizei. Die Agenten der Kriminalpolizei mischen sich ebensowenig in Angelegenheiten, die der politischen Polizei zugehören, wie umgekehrt.“<sup>18</sup> Was Honoré de Balzac hier einer seiner Romanfiguren aus den 1820er Jahren in den Mund legt, ließ sich 125 Jahre später nicht mehr so schlicht definieren – denn fortan wetteiferten mehrere französische Geheimdienste untereinander um die Erledigung von delikaten staatspolitischen Aufgaben, die mitnichten klar voneinander abgegrenzt wurden.

De Gaulle würdigte die Leistungen der Geheimdienste der Dritten Republik ausdrücklich. Rivet und Paillole schieden allerdings aus. Zahlreiche neue Mitarbeiter traten in die DGER ein, die den Apparat aber unnötig aufblähten.<sup>19</sup> Im Jahre 1946 wurde die DGER umbenannt zum *Service de Documentation Extérieure et de Contre-Espionnage* (SDECE) und dabei von kommunistischen Kräften der *Résistance* gesäubert. Nach einem benachbarten Schwimmbad im Pariser *Boulevard Mortier* bekam der SDECE den Spitznamen *La Piscine*<sup>20</sup>. Dewavrins umfangreiche Entlassungen schufen böses Blut. Der massive Personalabbau stärkte wieder den militärischen Charakter der Nachrichtendienste. Trotz allen Durchgreifens schaffte Dewavrin es nicht, die Zerstrittenheit zwischen rechten und linken Faktionen innerhalb des SDECE zu überwinden. Nach dem Rücktritt de Gaulles im Januar 1946 konnte sich Dewavrin

<sup>9</sup> Zu Soustelle: Ebd., S. 429.

<sup>10</sup> Porch, *French Secret Services*, S. 220-223; Laurent, *Renseignement*. Vgl. auch Dreyfus, *Résistance*.

<sup>11</sup> Faligot/Krop, *La Piscine*, S. 25-29; Krop, *Secrets*, S. 448f., 457-459; Porch, *French Secret Services*, S. 266f.

<sup>12</sup> Faligot/Krop, *DST*, S. 100-110; Faligot/Kauffer, *Maitres Espions*, S. 91-96, 473; Warusfel, *Contre-Espionnage*, S. 41-48, 436f. (Anhang 6); Cécile, *Renseignement*, S. 31f.; Porch, *French Secret Services*, S. 267f. Überblick bei Chalet, *DST*.

<sup>13</sup> Cécile, *Renseignement*, S. 67f.

<sup>14</sup> Elgey, *République*, S. 603.

<sup>15</sup> Roewer/Schäfer/Uhl, *Lexikon*, S. 504. Grundlegend: Bernert, Roger Wybot. Es handelt sich um einen Lebensbericht Wybots, den Bernert lediglich aufbereitet hat.

<sup>16</sup> Ebd., Kap. XII und XIII.

<sup>17</sup> Faligot/Kauffer, *Résistants*, S. 120-129; Porch, *French Secret Services*, S. 268f.; Faligot/Krop, *DST*, S. 111f. Zum Kampf der RG gegen die französischen Kommunisten: Charpier, *Les RG et le Parti communiste*.

<sup>18</sup> Balzac, *Glanz und Elend der Kurtisanen*, Erster Teil, S. 152.

<sup>19</sup> Deacon, *French Secret Service*, Kap. 16.

<sup>20</sup> Grundlegend: Faligot/Krop, *La Piscine*. – Der SDECE-Abteilungsleiter und Chef der Verbindungsstelle Washington (April 1951 – Oktober 1963) Thyraud de Vosjoli alias Lamia rechnet in seinen Memoiren mit dem SDECE ab, weil er 1963 im Zuge einer Spionageaffäre zurücktrat und danach im Exil in den USA und in Mexiko lebte, da er angeblich in Frankreich seine Ermordung fürchten mußte. Er wirft dem SDECE nicht nur Brutalität, sondern auch kommunistische Unterwanderung vor (Thyraud de Vosjoli, Lamia, bes. S. 316-318, 327). Ferner: Warusfel, *Contre-Espionnage*, S. 52-55.

nicht mehr im Amt halten und schied wenige Wochen später aus. Seine Feinde verfolgten ihn mit Korruptionsvorwürfen, die er schließlich zu entkräften vermochte.<sup>21</sup>

Ein Autor hat die Konnotationen der Namenswahl „SDECE“ etwas spöttisch kommentiert: „En clair, alors que ‚les autres‘ se livraient chez nous à des activités répréhensibles d’espionnage, nous avons le bon goût de n’accomplir chez eux que des actions de ‚documentation‘.“<sup>22</sup> Der verpönte Begriff „Spionage“ werde damit für den eigenen Gebrauch vermieden. Dies ist allerdings bei vielen Geheimdiensten üblich.

Im Gegensatz zur Vorkriegszeit unterstand der SDECE – wie seine mit dem Aufstößern alter Naziagenten in der französischen Besatzungszone Deutschlands betraute Unterabteilung *Brigade* (oder auch: *Bureau de Documentation* (BDoc))<sup>23</sup> – nicht dem Generalstab bzw. dem Kriegsministerium, sondern unmittelbar dem Ministerpräsidenten (ab Januar 1966: dem Verteidigungsminister).<sup>24</sup> Er blieb indessen militärisch geprägt und operierte stets mit Blick auf bewaffnete Auseinandersetzungen. Der Auftrag des Geheimdienstes lautete, alle für Frankreich wichtigen Informationen im Ausland zu sammeln und gegnerische Agenten aufzuspüren.<sup>25</sup> Ein großer Teil der Aktivitäten konzentrierte sich auf die französischen Kolonialgebiete. Der Generaldirektor des SDECE saß in Paris, je einer seiner Stellvertreter in Saigon bzw. Baden-Oos. Der SDECE handelte nach eigenem Gutdünken, weil bis zur Rückkehr de Gaulles 1958 kein Ministerpräsident präzise Anweisungen erteilte. Immerhin existierte der SDECE bis 1982.

Die Leitung des SDECE ging 1946 an einen überzeugten Sozialisten namens Henri Ribière<sup>26</sup> über, der einen Linksruck im Geheimdienst auslöste;<sup>27</sup> Kontakte zu internationalen sozialistischen Gruppierungen wurden geknüpft. Dies vertiefte die Konflikte mit den rechtsstehenden Kreisen des SDECE um Ribières Stellvertreter Pierre Fourcaud.<sup>28</sup> Die zumeist kurzlebigen Regierungen der IV. Republik waren außerstande, die innere Zerrissenheit des SDECE zu beenden. Indessen bedeutete die Entlassung der kommunistischen Minister aus der französischen Regierung am 6. Mai 1947 im Gefolge eines Generalstreiks auch aus nachrichtendienstlicher Perspektive einen wichtigen, die Arbeit erleichternden Einschnitt.<sup>29</sup> Bis in die 1950er Jahre hinein vermochte der Geheimdienst nur auf militärtechnischem Gebiet gute Leistungen zu vollbringen. Zu dieser Zeit kam der sog. „Service 7“<sup>30</sup> unter Marcel Le Roy hinzu, der ausländische Einrichtungen und Personen in Frankreich beobachtete und ausspionierte, um für Frankreich wichtige Nachrichten in Erfahrung zu bringen. Er unterstand dem SDECE, befaßte sich aber vorwiegend mit Übersee-Territorien.

Der SDECE richtete in Deutschland sein besonderes Augenmerk auf die Entmilitarisierung, wobei er in begrenztem Maße mit Amerikanern und Briten zusammenarbeitete. Das Militärische Sicherheitsamt<sup>31</sup> (1948-1955) kooperierte eng mit dem SDECE. Die französische Abteilung dieses Amtes wollte die Kontrollmöglichkeiten bezeichnenderweise selbst dann

<sup>21</sup> Thyraud de Vosjoli, Lamia, S. 143-151; Porch, French Secret Services, S. 271-273; Faligot/Kauffer, Résistants, Chapitre 6; Faligot/Krop, La Piscine, S. 38-41.

<sup>22</sup> Cécile, Renseignement, S. 8.

<sup>23</sup> Faligot/Krop, La Piscine, S. 42f.

<sup>24</sup> Ebd., S. 57f., 300; Thyraud de Vosjoli, Lamia, S. 134.

<sup>25</sup> Faligot/Krop, La Piscine, S. 57f.

<sup>26</sup> Zu Ribière: Ebd., S. 59f.; Faligot/Kauffer, Maîtres Espions, S. 35f., 420; Thyraud de Vosjoli, Lamia, S. 141-143. Ribière berief Thyraud in seinen engeren Beraterstab (ebd., S. 156f.).

<sup>27</sup> Faligot/Krop, La Piscine, Chapitre III.

<sup>28</sup> Ebd., S. 60-62; Thyraud de Vosjoli, Lamia, S. 142f.; Porch, French Secret Services, S. 269.

<sup>29</sup> Angeli/Gillet, La Police, 3<sup>e</sup> Partie; Villemarest, Sowjetspionage, S. 64-75. Generell zu diesem Vorgang: Loth, Frankreichs Kommunisten.

<sup>30</sup> Deacon, French Secret Service, Kap. 17.

<sup>31</sup> Glaser, Sicherheitsamt; Jardin, Französischer Nachrichtendienst, S. 111-114.

noch voll ausschöpfen, als eine deutsche Wiederbewaffnung unausweichlich wurde.<sup>32</sup> Der SDECE warnte in zunehmendem Maße vor einem allzu vertrauten Verhältnis zwischen Bonn und Washington, das Paris zum Nachteil gereiche. Seit 1949 wurde das Themenspektrum ausgeweitet. Besondere Bedeutung erlangte die Überwachung rechtsextremer Kreise. Allgemein achtete man auf die Entwicklung der Demokratie in Deutschland und begutachtete die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik. Über politische Aktivitäten im einzelnen ist kaum etwas bekannt. Gehlen zufolge war in späteren Jahren die Zusammenarbeit zwischen BND und SDECE ausgezeichnet.<sup>33</sup> Die Leute des SDECE seien echte Patrioten gewesen. Wie es sich in der Zeit vor 1955 verhielt, sagt er nicht. Immer wichtiger wurde die Beobachtung der Roten Armee und der Vorkommnisse im sowjetischen Einflußbereich, die von Deutschland aus erfolgte.

Im Frühjahr 1951 stellte der bisherige Leiter der *Sûreté* (1946-1951) und neue Generaldirektor des SDECE (1951-1957), Pierre Boursicot<sup>34</sup>, in einem (eigentlich geheimen?)<sup>35</sup> Bericht vor, welche Reorganisation vorgesehen sei.<sup>36</sup> Die bislang bestehenden Geheimdienste der verschiedenen Ministerien (Verteidigung, Luftwaffe, Marine, überseeische Territorien) sollten fusioniert werden. Die der DST übertragene Aufgabe, gegnerische Agenten aufzuspüren, sollte künftig der *Sûreté* zufallen. Der SDECE war nun ohne Einschränkungen für Aufklärung und Information zuständig, also für das Netz französischer Agenten. Die Empörung der DST war natürlich groß. Boursicot traf mit der Aufwertung seiner zivilen Mitarbeiter aber auch eine Entscheidung, die bei dem statusbewußten Militärpersonal des SDECE wenig Beifall fand. Boursicots Reform war eine der gravierendsten Affären in der Geschichte des französischen Geheimdienstes vorausgegangen.

#### b) Die „Affaire des Généraux“

Wer die hier zu erörternden Geheimdienst-Operationen in Deutschland verstehen will, der muß wissen, was unmittelbar zuvor in Frankreich geschah, als SDECE und DST einen Machtkampf austrugen, der sie bis ins Mark erschütterte. Und auch eine im Fall Schmeisser einschlägige Person begegnet uns hier bereits: Ewald Zweig alias Yves Rameau.

Von August 1949 bis zum Ende des Jahres 1950 bildete in Frankreich die „Generals-Affäre“<sup>37</sup> das alles beherrschende innenpolitische Thema. Es kursierten Behauptungen, der Chef des Generalstabs der Armee, Georges Revers, und General Charles Emmanuel Mast hätten in Indochina Feldzugspläne an die Rebellen unter Ho Chi Minh verraten. Indessen hatte Revers nur den politischen Teil seines Berichts an vietnamesische Freunde weitergeleitet. Darin plädierte er für eine diplomatische Regelung des Indochinaproblems, denn der Vietminh werde bald Hilfe aus China erhalten und dann nicht mehr zu besiegen sein.<sup>38</sup> Die Generäle hatten einen gewissen Roger Peyré als Vertrauensmann, der stets über intime

<sup>32</sup> Glaser, Sicherheitsamt, S. 343f.

<sup>33</sup> Gehlen, Dienst, S. 293f.

<sup>34</sup> Zu Boursicot (1899-1986): Faligot/Kauffer, *Maitres Espions*, S. 420; Roewer/Schäfer/Uhl, *Lexikon*, S. 76.

<sup>35</sup> Elgey spricht von einem vertraulichen Bericht Boursicots über die Reform der Geheimdienste, der einer Zeitung zugespielt worden sei (Elgey, *République*, S. 598f.).

<sup>36</sup> „France-Soir“, 14.4.1951: „Des Services de la Sûreté Nationale sont réorganisés sur les Bases du Rapport Boursicot“. Dies ist wohl der von Elgey gemeinte Bericht. Keine Angaben darüber machen Faligot/Krop, *La Piscine*.

<sup>37</sup> Krop, *Secrets*, S. 460-462; Faligot/Krop, *DST*, S. 129-138; Faligot/Krop, *La Piscine*, S. 126-131; Porch, *French Secret Services*, S. 285-289; Elgey, *République*, S. 577-611; Villemarest, *Sowjetspionage*, S. 87-97; Williams, *Wars*, S. 37-48; Bernert, *Roger Wybot*, Kap. V und VI; Thyraud de Vosjoli, *Lamia*, S. 184-210; Angeli/Gillet, *La Police*, S. 251-258.

<sup>38</sup> Werth, *Nachbar*, S. 324f.

Vorgänge der französischen Politik im Bilde war. Es stellte sich heraus, daß Peyré einst im Dienste der Gestapo gestanden hatte. Wie gelangte Peyré an derart vertrauliche Informationen? Peyré erwies sich als Agent des SDECE.<sup>39</sup> Mast hatte die Ambition, Hoher Kommissar für Indochina zu werden. Revers unterstützte ihn dabei, um nach dessen Ernennung einen Friedenskurs einzuschlagen. Revers beschuldigte den Chef der DST, Roger Wybot, eine Intrige gegen ihn angezettelt zu haben. Wybot sei über Peyrés Vergangenheit unterrichtet gewesen, ohne ihn gewarnt zu haben. Es gelang Peyré, sich nach Brasilien abzusetzen. Innenminister Jules Moch half möglicherweise dabei, aber auch Ministerpräsident Henri Queuille erweckte den Eindruck, etwas vertuschen zu wollen. Die unverzichtbare Militärhilfe der USA in Indochina ließ weitreichende Enthüllungen inopportun erscheinen.

Eine Untersuchungskommission der Assemblée Nationale bemühte sich 1950 mit mäßigem Erfolg, die Fäden zu entwirren.<sup>40</sup> Ein Zeuge namens Ewald Zweig alias Yves Rameau wurde vernommen. Im Zweiten Weltkrieg war er Agent des *Deuxième Bureau* und hielt sich im Auftrag de Gaulles zumeist in der Schweiz auf. Seit 1945 betätigte er sich journalistisch, u.a. als Pariser Korrespondent der Schweizer Tageszeitung „Die Tat“. Zweig behauptete, Peyré habe zu einer von Heinrich Himmler eingerichteten Organisation gehört, die Mitarbeiter der Gestapo als Widerstandskämpfer maskierte. Der Generaldirektor der *Sûreté*, Pierre Bertaux, und der ihm unterstehende Wybot hätten Peyré und einen anderen Gestapo-Agenten namens Katz abgeschirmt und für eigene Zwecke benutzt.<sup>41</sup> Katz habe im Auftrag des französischen Geheimdienstes den 1944 nach Spanien geflohenen Kriegsgewinnler Sokolnikow ermordet und ihm Schmuck sowie kompromittierende Dokumente gegen hochgestellte französische Persönlichkeiten geraubt.<sup>42</sup> Am 3. August 1949 wurde an der *Côte d'Azur* ein Raubüberfall auf ein indisches Fürstenpaar, Prinz Aga Khan und die Begum, verübt. Ein leitender Polizeibeamter beschuldigte Bertaux, die Diebesbande des Berufsverbrechers Paul Lecca gedeckt zu haben.<sup>43</sup>

Zweig wußte, wovon er sprach: Er war selbst Gestapo-Agent gewesen, der 1943 in Genf an den Chef des kommunistischen Schwarzsenders der Gruppe „Rote Drei“<sup>44</sup>, den Ungarn Sándor Radó (eigtl. Alexander Radolfi), heranzukommen versuchte.<sup>45</sup> Radó kannte Zweig aus Paris, wohin dieser 1933 als Jude geflohen war. Radó unterhielt dort gemeinsam mit Kurt Rosenfeld die Nachrichtenagentur *Inpress*.<sup>46</sup> Rosenfeld war mit Zweig verwandt und erzählte, dieser sammle Informationen, um mit Erpressungen Geld zu verdienen. Erst später erfuhr Radó von Zweigs geheimdienstlichen Tätigkeiten für die *Sûreté*. Nach dem deutschen Einmarsch wechselte Zweig in die Dienste der Gestapo und des Vichy-Geheimdienstes. Radó war aber auf der Hut, als Zweig im August 1943 bei ihm vorsprach. Als die Provokation fehlschlug, informierte Zweig die Schweizer Bundespolizei über den sowjetisch gesteuerten Nachrichtenring, der daraufhin zerschlagen wurde. Radó entdeckte Zweig im November 1944 in Paris und veranlaßte seine Verhaftung. Bezeichnenderweise habe der amerikanische Geheimdienst nach wenigen Tagen seine Entlassung durchgesetzt.

<sup>39</sup> Faligot/Krop, *La Piscine*, S. 128-130; Krop, *Secrets*, S. 461; Porch, *French Secret Services*, S. 286f.; Thyraud de Vosjoli, *Lamia*, S. 191, 197-200.

<sup>40</sup> „Der Spiegel“, Nr. 19/1951, 9.5., S. 17-25: „Affären: Seid keine Spielverderber“.

<sup>41</sup> Bernert, Roger Wybot, S. 260f.; Faligot/Kauffer, *Résistants*, S. 132f. Knappe Angaben auch bei Frederik, *Ende einer Legende*, S. 127f.

<sup>42</sup> Dazu auch Faligot/Krop, *La Piscine*, S. 45; Villemarest, *Sowjetspionage*, S. 90.

<sup>43</sup> Vgl. auch Williams, *Politics*, S. 88, Anm. 30; Villemarest, *Sowjetspionage*, S. 34; Angeli/Gillet, *La Police*, S. 247.

<sup>44</sup> Ausführlich: Radó, Deckname Dora; *The Rote Kapelle*, S. 165-226, 334-338.

<sup>45</sup> Radó, Deckname Dora, S. 200f., 340-345; von Schramm, *Verrat*, S. 287-289; Höhne, *Krieg*, S. 420f.; Heideking, „Schweizer Straßen“, S. 145f.; Roewer/Schäfer/Uhl, *Lexikon*, S. 365.

<sup>46</sup> Zu *Inpress*: Langkau-Alex, *Volksfront*, Bd. 1, S. 87 mit Anm. 71.

Die Historikerin Georgette Elgey hebt hervor, die *Affaire des Généraux* habe den Niedergang der IV. Republik eingeläutet.<sup>47</sup> Die mangelnde Aufklärung hinterließ den faden Beigeschmack, daß die in Indochina kämpfende Armee von der korrupten politischen Klasse hinterrücks erdolcht worden sei. Zugleich hätten aber auch die Militärs ihren Nimbus eingebüßt, da der Vorwurf des Geheimnisverrats trotz der späteren Rehabilitierung von Revers (1962) nie völlig entkräftet werden konnte. Für unseren Kontext ist eine andere Beobachtung entscheidend: Ein Abgrund klaffte zwischen dem militärischen Geheimdienst (SDECE) und dem politischen Geheimdienst (*Sûreté*, DST).<sup>48</sup> Die DST scheint versucht zu haben, Moch zu decken, während der SDECE offenbar seine Entfernung betrieb.<sup>49</sup> Fourcaud dürfte die Schlüsselfigur der Affäre gewesen sein: Er hatte als Angehöriger des SDECE Revers nach Indochina begleitet und bezichtigte später Innenminister Moch und Verteidigungsminister Paul Ramadier (beides Sozialisten) der Intrige. Der hinterlistige Fourcaud wollte nach Lesart einiger Historiker die IV. Republik diskreditieren.<sup>50</sup> Zudem handelte Fourcaud hinter dem Rücken des linksgerichteten SDECE-Chefs Ribière.<sup>51</sup> Selbst innerhalb des SDECE bestanden demnach weltanschaulich bedingte Feindschaften. Sicherlich sind auch kommunistische Bestrebungen zur Unterminierung der sich formierenden NATO nicht ganz von der Hand zu weisen.<sup>52</sup> Unzweifelhaft ist: In der französischen Armee wuchs die Verachtung für die *classe politique* der IV. Republik, die selbst höchste Offiziere schmähsch behandelte.<sup>53</sup>

Damit ist der Hintergrund freilich nicht ausreichend erhellt. Politische Scharmützel zwischen Sozialisten und katholischen Volksrepublikanern<sup>54</sup> sowie die Absicherung lukrativer Schiebergeschäfte in Indochina dürfen bei der Bewertung nicht unterschätzt werden.<sup>55</sup> Jedenfalls mußten die Hauptbeteiligten in den Nachrichtendiensten büßen: Bertaux, Ribière und Fourcaud wurden 1950/51 entlassen, Wybot zu Beginn der V. Republik 1958. Das tiefe Zerwürfnis zwischen den Nachrichtendiensten kann jedenfalls als sicheres Resultat dieser Geschehnisse konstatiert werden. Kommunistische Infiltration deutete sich zumindest an und war 1952 dem deutschen Verfassungsschutz ebenso geläufig wie die Rivalität zwischen den verschiedenen Diensten in Frankreich.<sup>56</sup> Die DST betätigte sich freilich eher in der Jagd nach KP-Sympathisanten<sup>57</sup>, während der SDECE undurchsichtig blieb. Ans Tageslicht kam kommunistischer Einfluß aber erst Ende 1954 in der Affäre Jean Dides<sup>58</sup>: Just als der Indochinakrieg tobte und die EVG bzw. die Pariser Verträge verabschiedet werden sollten, richtete sich der Verdacht des Verrats militärischer Geheimnisse gegen höchste Stellen der Republik, nämlich Ministerpräsident Pierre Mendès France, seinen Innenminister François Mitterrand und DST-Chef Wybot. Dies klingt abenteuerlich, und so wird oft angenommen, daß es sich um einen provokatorischen Akt der äußersten Rechten gegen die zu „laue“ Regierung gehandelt haben könnte. Wirklich aufgeklärt wurde auch dieser Skandal niemals.

<sup>47</sup> Elgey, République, S. 577, 604f., 608-610. Vgl. auch Williams, Wars, S. 48.

<sup>48</sup> Warusfel, Contre-Espionnage, S. 56-60. Thyraud de Vosjoli spricht vom unerklärten Krieg zwischen SDECE und DST (Lamia, S. 187).

<sup>49</sup> Williams, Politics, S. 387f.

<sup>50</sup> Elgey, République, S. 594f., 604; Krop, Secrets, 461f.; Porch, French Secret Services, S. 286-288. Ähnlich Thyraud de Vosjoli, Lamia, S. 203f.

<sup>51</sup> Deacon, French Secret Service, S. 177f.; Faligot/Krop, DST, S. 135f.

<sup>52</sup> Villemarest, Sowjetspionage, S. 96f., betont diesen Aspekt.

<sup>53</sup> Kelly, Lost Soldiers, S. 65-70; De la Gorce, French Army, S. 396-398.

<sup>54</sup> Williams, Wars, S. 39f., 47f.; Ders., Politics, S. 88f.

<sup>55</sup> Despuech, Trafic; Werth, Nachbar, S. 324-331.

<sup>56</sup> BA, B 136, Bd. 50385, Bl. 77-83, [Hofmann, LfV Niedersachsen], Ermittlungsergebnisse im Fall Schmeisser – Der Spiegel, Geheim, [20.10.1952], hier: Bl. 82.

<sup>57</sup> Faligot/Krop, DST, S. 145-148; Faligot/Kauffer, Maîtres Espions, S. 95.

<sup>58</sup> Stasse, Morale, S. 86-92; Williams, Wars, S. 49-73; Deacon, French Secret Service, S. 181-183; Porch, French Secret Services, S. 289-291; Faligot/Krop, DST, S. 138-143; Faligot/Krop, La Piscine, S. 131-135; Villemarest, Sowjetspionage, S. 106-111; Angeli/Gillet, La Police, S. 331-337, 349-354.

All diese Unzuträglichkeiten sind im Gedächtnis zu behalten. Darüber hinaus werden wir Ewald Zweig wieder begegnen. Der französische Geheimdienst beeinflusste ferner die Bildung nachrichtendienstlicher Strukturen an der Saar.

## 2) NACHRICHTENDIENSTE IM SAARLAND UND IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bevor wir die Aktivitäten französischer Agenten unter die Lupe nehmen, ist ein Blick auf die Nachrichtendienste im damals „autonomen“, an Frankreich angelehnten Saarland und in der Bundesrepublik Deutschland erforderlich. Im Hohen Kommissariat in Saarbrücken bestand eine Abteilung *Service Contrôle* mit mehreren Unterabteilungen, darunter die *Renseignements Généraux* von Roger Laffon.<sup>59</sup> Die zweite, davon unabhängige französische Institution in Saarbrücken für subversive Aktivitäten befand sich außerhalb des Gebäudes der Hohen Kommission in der Heinestraße. Es war die von Serge Fontaine geleitete *Brigade de Surveillance Territoire* (BST), eine regionale Dienststelle der DST. Frankreich zeigte also massive nachrichtendienstliche Präsenz im Saarland.

Die Strukturen des saarländischen Geheimdienstes in der Zeit der „Autonomie“ bis 1955 lassen sich dank der Aufklärung durch die prodeutsche Opposition deutlich bestimmen. Im April 1955 legte Heinrich Schneider dem BMG einen Bericht vor, der Organisation und leitende Personen aufgrund von Insiderinformationen beschrieb.<sup>60</sup> Zum saarländischen Innenministerium – das von dem französischen Staatsangehörigen Edgar Hector geleitet wurde – gehörte eine Politische Polizei. Den Kern des Apparates dieser Politischen Polizei bildete die Abt. P 6<sup>61</sup>, welche die Überwachung der Gegner des Saarstaates mit nachrichtendienstlichen Mitteln und den Kontakt zu ausländischen Geheimdiensten zur Aufgabe hatte. Sieben namentlich bekannte saarländische Kriminalinspektoren unter Leitung des französischen Abwehrexperthen Edmond Beer waren hauptamtlich tätig und unterhielten ein Netz von Verbindungsleuten quer durch das Saarland.

Im Schatten von P 6 standen die Abteilungen IA und IB. Während IA exekutive Funktionen ausübte (Verhöre, Haussuchungen, Festnahmen), sollte die erst im Mai 1954 entstandene IB Nachrichten sammeln. Leiter der Abt. IA war Kriminalrat Paul Leibrock, ein alter Sozialdemokrat, der bei aller Rauheit als anständig galt. Seine wichtigsten Beamten, Herbert Haury und Johann Lay, hatten Beziehungen zu einflussreichen Personen in Bonn. Im Gegensatz zu Leibrock wurde der provisorische Leiter der Abt. IB, Kriminal-Oberassistent Richard Hauck, als ehrgeizig und rücksichtslos geschildert. Bisweilen übernahm auch die Grenzpolizei G 3 unter dem französischen Staatsangehörigen Jacques Becker politische Aufgaben. Die Geheimdienste an der Saar und in Frankreich waren eng miteinander verzahnt.<sup>62</sup> Im Jahre 1956 wurde P 6 infolge der „Wende“ an der Saar aufgelöst.

Die prodeutschen Parteien verfügten in allen saarländischen Ministerien über Informanten, da das Regime von einem Großteil der Bevölkerung abgelehnt wurde. Oppositionsführer Heinrich Schneider erfuhr rasch, welche aktuellen Entwicklungen sich anbahnten. Dagegen

---

<sup>59</sup> LA Saarbrücken, NL Schneider, Bd. 514, Schreiben Dux/Busch an Amtsgericht Frankfurt-Höchst, 25.11.1953, hier: S. 8f.; PA/AA, B 2, Bd. 354A, Schreiben Strohm an BMG, 12.10.1951. Zu Laffon: Roewer/Schäfer/Uhl, Lexikon, S. 260.

<sup>60</sup> BA, B 137, Bd. 3426, Vermerk Bodens, Vertraulich, 25.4.1955, mit anliegender Aufzeichnung, o.D. (13 Seiten).

<sup>61</sup> Dazu auch Schmidt, Saarpolitik, Bd. 1, S. 521-523. Die „Deutsche Saar-Zeitung“ griff Beer im Mai 1953 an: DSZ, Nr. 36, 28.5.1953: „Der Mann von P 6: Monsieur Baer, Leiter der Geheimpolizei im saarländischen Innenministerium“. – Zu einigen Aktivitäten von P 6: Elzer, Die deutsche Wiedervereinigung an der Saar, Teil IV, Kap. II.

<sup>62</sup> Vgl. Kap. IV.4.

verblaßten noch so große Anstrengungen des französischen Geheimdienstes. Schneider benennt selbst zwei Kriminalbeamte von P 6, mit denen er „konspirative“ Treffen hatte.<sup>63</sup>

Der in der Bundesrepublik Deutschland für Auslandsaufklärung zuständige Bundesnachrichtendienst (BND) entstand erst 1955. Gleichwohl wurde er nicht aus dem Boden gestampft. Schon 1945 bildete die amerikanische Besatzungsmacht einen neuen, von ihr bezahlten Nachrichtendienst mit deutschen Führungskräften, der in der Tradition der „Abwehr“ von Admiral Canaris stand und nach seinem Leiter „Organisation Gehlen“ genannt wurde.<sup>64</sup> Indessen schlüpfen auch ehemalige SD-Leute dort unter. Die Absicht, diese Einrichtung einer späteren deutschen Regierung zu überlassen, bestand von Anfang an. Tatsächlich nahm Arnold Gehlen 1950 Kontakt mit dem Kanzleramt auf, der kontinuierlich fortgeführt wurde und 1955/56 in die Konstituierung des BND mit Sitz in Pullach mündete.<sup>65</sup> Der ehemalige Chef der Abteilung „Fremde Heere Ost“ im Generalstab des Heeres blieb freilich eine umstrittene Persönlichkeit. Bevor die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1955 souverän wurde, duldeten die Westalliierten keinen Geheimdienst. Nicht weitergeführt wurde der im Bundeskanzleramt bzw. im Amt Blank angesiedelte Friedrich-Wilhelm-Heinz-Dienst (1950-1955).<sup>66</sup>

Während Spionageabwehr ein Desiderat blieb, gab es seit dem 7. November 1950 ein Bundesamt für Verfassungsschutz<sup>67</sup> in Köln. Es sollte vor allem auf kommunistische und neonazistische Umtriebe im Innern Obacht geben, die das Grundgesetz gefährden könnten.<sup>68</sup> Auslandsaufklärung wurde offiziell erst seit 1955 vom BND betrieben. Im Dezember 1950 übernahm Otto John (1909-1997) die Leitung des BfV; seine Berufung erfolgte trotz warnender Stimmen.<sup>69</sup> Johns Rolle in der Schmeisser-Affäre wird uns zu beschäftigen haben. Die erste Station der Agentengeschichte liegt jedoch fernab von Bonn und Köln: es war München.

<sup>63</sup> Schneider, Wunder, S. 391.

<sup>64</sup> Gehlen, Aufbau; Ders., Dienst; Roewer/Schäfer/Uhl, Lexikon, S. 68-70, 161f.; Krüger, Gehlen; Halter, Krieg, Kap. I; Jentsch, Agenten, S. 144-156; Nollau, Amt, S. 195-205. Grundlegend: Zolling/Höhne, Pullach intern; Reese, Organisation Gehlen; Müller/Müller, Gegen Freund und Feind, Teil I; Critchfield, Auftrag Pullach; Faligot/Kauffer, Maitres Espions, S. 75-82. Zur jüngsten Geschichte des BND: Schmidt-Eenboom, Schnüffler; Ulfkotte, Verschlusssache.

<sup>65</sup> Walde, ND-Report, S. 60-68; Höhne, Krieg, S. 510f.

<sup>66</sup> Müller/Müller, Gegen Freund und Feind, S. 166-227; Meinel, Mahlstrom; Dies., Heinz; Boveri, Verrat, S. 245-250; Walde, ND-Report, S. 68-74; Roewer/Schäfer/Uhl, Lexikon, S. 155, 195; Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 238-241.

<sup>67</sup> Walde, ND-Report, S. 53-59, 106-113; Höhne, Krieg, S. 508f.; Roewer/Schäfer/Uhl, Lexikon, S. 60-63, 223f.; Schwagerl/Walther, Schutz, S. 65f.; Jentsch, Agenten, S. 135-138; Nollau, Amt, S. 141-149. Allgemein zum BfV: Bundesamt für Verfassungsschutz – Aufgaben, Befugnisse, Grenzen; Borgs-Maciewski, Was jeder. Zur Problematik des Begriffes „Verfassungsschutz“: Schiffers, Verfassungsschutz, S. 16f.

<sup>68</sup> Wortlaut des Gesetzes vom 27.11.1950 in: Schwagerl/Walther, Schutz, S. 330f.

<sup>69</sup> Vgl. Kap. VIII.1a.

## II. BAYERN

### 1) DIE REGIERUNGSBILDUNG IM DEZEMBER 1946

#### a) Hinter den Kulissen von München

Im Dezember 1946 wurde nach den Landtagswahlen in Bayern ein neuer Regierungschef anstelle des Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner gesucht.<sup>1</sup> Als heißer Kandidat der siegreichen CSU galt deren Landesvorsitzender Dr. Josef Müller („Ochsensepp“<sup>2</sup>). Der Leiter des Sonderministeriums für Entnazifizierung („Ministerium für politische Befreiung“) Dr. Anton Pfeiffer (CSU) rechnete sich ebenfalls Chancen aus. Die CSU war damals tief gespalten. Der von Alois Hundhammer geführte klerikal-regionalistische Flügel wollte Müllers Wahl unbedingt durchkreuzen. Die Anhänger des „Ochsensepp“ plädierten für die Beibehaltung der staatlichen Einheit Deutschlands mit einem föderalistischen Aufbau.<sup>3</sup> Gerade hatte die Diskussion über das Amt eines bayerischen Staatspräsidenten zu einer Zerreißprobe geführt.<sup>4</sup> Müller war aktiv am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt gewesen, hatte aber auch der deutschen Abwehr angehört und 1932 bis 1934 eine unklare Haltung eingenommen.<sup>5</sup> Das machten sich seine Kontrahenten zunutze. Im übrigen mokierten sich manche in Bayern über die Kontakte, die der „Ochsensepp“ in jener Zeit mit Oberst Tulpanow von der Sowjetischen Militäradministration in Berlin unterhielt.<sup>6</sup>

Die amerikanische Militärregierung (OMGUS) wies Anfang Dezember 1946 öffentlich auf die noch nicht geklärte Eingruppierung Müllers nach dem Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus hin.<sup>7</sup> Dies wurde so interpretiert, als sei Müller als Ministerpräsident aus amerikanischer Sicht nicht tragbar. Der „Ochsensepp“ widersprach dieser Auslegung am 13. Dezember in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“, und auch die Militärregierung beteuerte, sich nicht in deutsche Belange einmischen zu wollen.<sup>8</sup> Am 11. Dezember 1946 wurde vom Generalkläger beim Kassationshof des bayerischen Sonderministeriums, Dr. Thomas Dehler, wahrscheinlich auf Veranlassung von Pfeiffer ein Spruchkammerverfahren gegen Müller eingeleitet.<sup>9</sup> Laut Dehler bestand wegen der vermutlichen Belastung nach Klasse II Beschäftigungsverbot für Müller. Demzufolge hätte er nicht zum Ministerpräsidenten gewählt werden können. Der Leiter der Justizabteilung im Sonderministerium, Ministerialrat Ziebell, widersprach Dehler: Ohne rechtskräftigen Spruchkammerentscheid könne Müller

<sup>1</sup> Dazu ausführlich Fait, Anfänge, Kap. IV; Kritzer, Wilhelm Hoegner, Teil IV, Kap. 2 und 6; Hettler, Josef Müller, S. 274-310; Schlemmer, Aufbruch, S. 168-194; Gelberg, Hans Ehard, S. 37-44; Stelzle, Förderalismus, S. 56-58; Dorondo, Bavaria, S. 48-50; Lanzinner, Sternenbanner, S. 128-132.

<sup>2</sup> Zur Herkunft des Spitznamens: Müller, Konsequenz, S. 19-22.

<sup>3</sup> Hettler, Josef Müller, S. 311-328, bes. S. 319f. – Grundsätzlich zum Konflikt zwischen Befürwortern und Gegnern einer bayerischen Eigenstaatlichkeit: Stelzle, Förderalismus, bes. S. 165-169.

<sup>4</sup> Schlemmer, Aufbruch, S. 128-148; Müller, Konsequenz, S. 333-337.

<sup>5</sup> „Süddeutsche Zeitung“ (München), 7.12.1946: „Um die Regierungsbildung in Bayern“, und 10.12.1946: „Dr. Müller und die Regierungsbildung“; „Neue Zeitung“ (München), 15.11.1946: „Diskussion um Dr. Müller“.

<sup>6</sup> Von Herwarth, Von Adenauer zu Brandt, S. 38; Schlemmer, Einleitung, S. 5, in: Balcar/Schlemmer (Hrsg.), An der Spitze der CSU.

<sup>7</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 10.12.1946: „Dr. Müller und die Regierungsbildung“; Sitzung des Landesvorstands der CSU, 10.12.1946, in: Balcar/Schlemmer (Hrsg.), An der Spitze der CSU, Nr. 1, bes. S. 44. Material zum Standpunkt der US-Regierung in: FRUS 1946, Vol. V, S. 695-700.

<sup>8</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 14.12.1946: „Von der anderen Seite gesehen...“ (auch für das Folgende).

<sup>9</sup> Dazu ferner Wengst, Thomas Dehler, S. 92; Hettler, Josef Müller, S. 286-290; Reuter, „Graue Eminenz“, S. 119; Sitzung des Landesvorstands der CSU, 10.12.1946, in: Balcar/Schlemmer (Hrsg.), An der Spitze der CSU, Nr. 1, S. 60f., Anm. 94.

seine Tätigkeit weiter ausüben, da er über eine einstweilige Genehmigung der Militärregierung verfüge. Ziebell wandte sich folglich gegen den Entschluß seines eigenen Ministeriums. Müller seinerseits erinnerte an seine KZ-Haft und bekundete sein Unverständnis über die Eröffnung eines Spruchkammerverfahrens gegen ihn zum jetzigen Zeitpunkt, denn seine Zugehörigkeit zur Abwehr sei seit langem bekannt. Offensichtlich würden also politische Zwecke damit verfolgt.

Schon bei der Tagung des Landesausschusses der CSU am 31. Oktober 1946<sup>10</sup> wurden drei CSU-Politiker beschuldigt, Ziebell aufgesucht zu haben, um ihn zum Vorgehen gegen Müller zu veranlassen. Einer dieser drei, Leonhard Baumeister, gab an, er sei im Auftrag des Bauernverbands im Sonderministerium gewesen. Er räumte dann aber ein, es sei über Müller gesprochen worden – was genau, wollte er partout nicht verraten. Im Plenum des Landesausschusses wurden Rufe laut, ein Parteigericht einzusetzen, was anscheinend unterblieb. Müller dürfte kein Interesse daran gehabt haben – Ziebell war „sein“ Mann.

General Clay rief Müller am 14. Dezember 1946 nach Berlin und eröffnete ihm überraschend, weder seiner Wiederwahl zum Landesvorsitzenden der CSU noch seiner etwaigen Berufung zum Ministerpräsidenten stünden Hindernisse im Weg.<sup>11</sup> Die Militärregierung werde nichts unternehmen, bis das Resultat des Spruchkammerverfahrens feststehe. Müller hatte mit General Clay und dem politischen Berater des *State Department* für Deutschland, Robert Murphy, verabredet, das Amt des Ministerpräsidenten nach einer etwaigen Wahl erst anzutreten, wenn das Verfahren abgeschlossen sei; im Falle eines Schuldspruchs werde er darauf verzichten.<sup>12</sup> Wie Murphy in einem geheimen Zusatz vermerkte, habe Müller den Alliierten im Krieg Nachrichtenmaterial geliefert, was er aber bei der Entnazifizierung nicht zu seiner Verteidigung anführen könne. Allen Dulles vom amerikanischen Geheimdienst OSS<sup>13</sup> habe Murphy bestätigt, mit Müller kooperiert zu haben.

Müller wurde auf der Landesversammlung der CSU in Eichstätt am 14./15. Dezember 1946 unter tumultartigen Umständen mit 327 von 428 Stimmen als Parteivorsitzender bestätigt.<sup>14</sup> Obwohl dies als Votum für die Kandidatur zum bayerischen Ministerpräsidenten begriffen wurde, entschied sich die Landtagsfraktion der CSU am 18. Dezember mit 52 gegen 40 Stimmen dafür, Pfeiffer für dieses Amt zu nominieren; sie verband dies aber mit einem persönlichen Treuebekenntnis für Müller in seinem „Kampf um seine politische Ehre“.<sup>15</sup> Die als Koalitionspartner vorgesehene SPD lehnte sowohl Müller als auch Pfeiffer ab.<sup>16</sup> Am 20. Dezember 1946 verzichtete Pfeiffer auf eine Kandidatur, weil ihm die SPD den angeblichen Versuch einer politischen Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Volkspartei und der NSDAP im Jahre 1932 ankreidete.<sup>17</sup> Ein Gespräch zwischen Hundhammer und Müller über

<sup>10</sup> Die CSU 1945-1948, Nr. 24, hier: S. 766-768. Vgl. auch Fait, Anfänge, S. 146.

<sup>11</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 17.12.1946: „Dr. Josef Müller bei General Clay“ und „Wird Dr. Müller Ministerpräsident?“, Schlemmer, Aufbruch, S. 173; Fait, Anfänge, S. 157f.; Müller, Konsequenz, S. 338. Dies beruhte auf einer Initiative von Jakob Kaiser (Hoegner, Außenseiter, S. 280f.; FRUS 1946, Vol V, S. 699). Hoegner datiert dies allerdings auf den 1.12.1946.

<sup>12</sup> Tel. Murphies an Außenminister, Secret, No. 2912, 16.12.1946, in: Ebd., S. 699f.

<sup>13</sup> Zum OSS: Roewer/Schäfer/Uhl, Lexikon, S. 333. – Die Europa-Union Bayern setzte 1952 einen Untersuchungsausschuß ein, der klären sollte, ob Josef Müller die Westoffensive von 1940 verraten habe (Material in: BA, NL Rheindorf, Bde. 112 und 315. Vgl. auch Felde, Dienst, S. 123).

<sup>14</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 17.12.1946: „Koalition oder CSU-Regierung?“. Dazu auch Hettler, Josef Müller, S. 290-294. Protokoll der Sitzung in: Die CSU 1945-1948, Nr. 26.

<sup>15</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 19.12.1946: „Dr. Pfeiffer von der CSU-Fraktion vorgeschlagen“, Schlemmer, Aufbruch, S. 177f.

<sup>16</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 19.12.1946: „Dr. Pfeiffer wünscht Koalitions-Regierung“, „Neue Zeitung“, 20.12.1946: „Koalitionskabinett in Stuttgart“. Zur Haltung der SPD: Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 304-310.

<sup>17</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 21.12.1946: „Dr. Pfeiffer verzichtet auf Regierungsbildung“, Schlemmer, Aufbruch, S. 179f. Näheres bei Reuter, „Graue Eminenz“, S. 55-60.

eine personelle Alternative blieb fruchtlos. Müller trat am 21. Dezember im Landtag als CSU-Bewerber um das höchste Amt in Bayern an. Er erhielt jedoch nicht die angeblich nötige absolute Mehrheit – selbst diese verfassungsrechtliche Interpretation war allerdings heftig umstritten.<sup>18</sup> Daraufhin setzte sich Hans Ehard durch, den der Hundhammer-Flügel ins Rennen schickte.<sup>19</sup> Gerade wegen seiner vermeintlichen Farblosigkeit war Ehard für die in zwei Lager geteilte CSU-Fraktion akzeptabel.

Ziebell hatte Mitte Dezember 1946 hinter den Kulissen versucht, die formalen Hindernisse gegen Müllers Kandidatur aus dem Weg zu räumen. Er schlug Pfeiffer und Dehler vor, Müller in einem Blitzverfahren zu entnazifizieren.<sup>20</sup> Noch vor der für den 21. Dezember anberaumten Wahl zum Ministerpräsidenten sollte die Spruchkammer unter dem Vorsitz Ziebells zusammentreten. Als Gegenleistung wollte Ziebell nach der Wahl Müllers Staatssekretär werden.<sup>21</sup> Indessen wurde der Vorschlag abgelehnt, obwohl Dehler wohl aus parteitaktischen Erwägungen bereit war, das Verfahren gegen Müller niederzuschlagen.<sup>22</sup> Ziebell geriet unter Druck, denn Hoegner hatte schon vor Monaten ein Disziplinarverfahren gegen ihn in Gang gesetzt, das dem Vorwurf der Bestechlichkeit nachgehen sollte. Die „Süddeutsche Zeitung“ ergänzte, es werde geprüft, inwiefern Ziebell „sich für schwerbelastete Nazis verwendet habe“.<sup>23</sup> Inzwischen sind die Mängel bei den Spruchkammerverfahren in jener Zeit notorisch, besonders weil überzeugte Nationalsozialisten zu gut davonkamen.<sup>24</sup> In Augsburg wurde probeweise ein Schnellverfahren für Mitläufer durchgeführt, dessen Ergebnis Ziebell Anfang Dezember 1946 gegenüber der Presse rühmend hervorhob.<sup>25</sup>

Hundhammer machte bei der Sitzung des Landesausschusses vom 3. Januar 1947<sup>26</sup> – in der die drohende Spaltung der CSU abgewendet werden konnte<sup>27</sup> – die Enthüllung, er habe am Morgen der Wahl des neuen Ministerpräsidenten einen Anruf von der bayerischen SPD erhalten. Demnach habe Ziebell der SPD im Auftrag Müllers mitgeteilt, dieser erwarte, noch am selben Tag zum Ministerpräsidenten berufen zu werden. Der SPD wurden mehrere Ministerposten angeboten, falls sie weiße Stimmzettel abgäbe.<sup>28</sup> Müller bestritt energisch, am zuständigen Ausschuss der CSU vorbei „Nebenverhandlungen“ mit der SPD geführt zu haben.<sup>29</sup> Da ein Spruchkammerverfahren gegen ihn lief, sei es nur natürlich, wenn er den Rechtsberater des Sonderministeriums – also Ziebell – konsultiert habe. Der Abgeordnete August Haussleiter berichtete, er habe Ziebell damals gesagt, seines Erachtens sollte die SPD in die Opposition gehen, damit diese Rolle nicht der KPD zufiele. Man könne die SPD auf dem laufenden halten und Waldemar von Knoeringen als Ministerialrat in die Staatskanzlei

<sup>18</sup> Müller, Konsequenz, S. 340-343.

<sup>19</sup> „Neue Zeitung“, 23.12.1946: „Drei-Parteien-Kabinett in Bayern“. Zum Vorgang insgesamt: Schlemmer, Aufbruch, S. 181-186; Hettler, Josef Müller, S. 297-305; Gelberg, Kriegsende, S. 684-687; Hoegner, Außenseiter, S. 284-290.

<sup>20</sup> „Die Welt“, 28.12.1946: „Die Regierungsbildung in Bayern“. Der Artikel stützte sich auf einen Beitrag des „Münchener Mittag“. Dazu Hettler, Josef Müller, S. 298f.; Reuter, „Graue Eminenz“, S. 119. – Müller erwähnt Ziebell in seinen Memoiren mit keinem Wort.

<sup>21</sup> Dazu auch Hover, Fall Schmeisser, S. 17-19.

<sup>22</sup> „Neue Zeitung“, 16.12.1946: „Deutsche Kabinette im Werden“. Vgl. Wengst, Thomas Dehler, S. 93.

<sup>23</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 28.12.1946: „Amtsenthebung Dr. Ziebells?“ Zu den Vorwürfen gegen Ziebell: BA, B 137, Bd. 16540, Notiz, o.D.

<sup>24</sup> „Neue Zeitung“, 22.7.1946: „Hermann Aumer protestiert“, und 15.11.1946: „Debatte um die Säuberung“. Umfassend: Niethammer, Mitläuferfabrik; Kritzer, Wilhelm Hoegner, Teil IV, Kap. 5.

<sup>25</sup> „Neue Zeitung“, 6.12.1946: „Augsburger Versuche erfolgreich“; „Süddeutsche Zeitung“, 17.12.1946: „Täglich 550 Sühnebescheide“.

<sup>26</sup> Die CSU 1945-1948, Nr. 27, hier: S. 984.

<sup>27</sup> Schlemmer, Aufbruch, S. 188-191.

<sup>28</sup> AdsD, NL von Knoeringen, Bd. 221, Notiz für von Knoeringen, 21.12.[1946]. Dazu auch Schlemmer, Aufbruch, S. 180 mit Anm. 289; Mehringer, Waldemar von Knoeringen, S. 309; Hoegner, Außenseiter, S. 288; Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 442 mit Anm. 349.

<sup>29</sup> Die CSU 1945-1948, S. 988-991 (auch für das Folgende); Hettler, Josef Müller, S. 296f. mit Anm. 447.

berufen. Das Sonder- und das Flüchtlingsministerium sollten mit einem neutralen Fachmann besetzt werden. Ziebell habe erwidert, er wolle bei der SPD anrufen und deren Meinung dazu einholen. Die SPD habe dieses Angebot abgelehnt. Verhandlungen hätten nicht stattgefunden.

Demgegenüber behauptete Heinrich Krehle, der SPD seien mehrere Schlüsselministerien von Müller offeriert worden. Ziebell sei in der SPD schon vorher wegen korrupter Machenschaften „unten durch“ und vom Parteiausschluß bedroht gewesen. Müller beteuerte nochmals vehement, der SPD mitnichten das Wirtschaftsministerium angeboten zu haben. Indessen konnte Barbara Fait nachweisen, daß Müller und Haussleiter nicht die Wahrheit sagten.<sup>30</sup> In einer Kabinettsliste Müllers tauchte Ziebell als Staatssekretär auf.<sup>31</sup> Angesichts dieser Zerwürfnisse in der CSU ist es nicht verwunderlich, daß die Ende 1946 gegründete Bayernpartei seit 1947 erstarkte und die extremen Föderalisten der CSU ebenso anzog wie diejenigen, die vom Hauen und Stechen genug hatten.<sup>32</sup>

Der neue Sonderminister Alfred Loritz von der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV) sollte den Fall Ziebell aufklären. Bereits nach wenigen Tagen wurde Ziebell von Loritz seines Amtes enthoben.<sup>33</sup> Mitte Januar 1947 schaffte das Sonderministerium das von Ziebell ersonnene Schnellverfahren wegen seiner Unzulänglichkeiten ab.<sup>34</sup> Kurz nach der Krise um Ziebell gab es einen regelrechten Eklat, weil etwa 20 Beamte des Sonderministeriums zurücktraten. Sie lehnten die Absicht des neuen Ministers Loritz ab, die Millionen angeblich in die NSDAP gepreßten Mitläufer als Opfer zu betrachten.<sup>35</sup> Hier soll nicht interessieren, welche Woge der Empörung das Verhalten von Loritz auslöste. Einer der Zurückgetretenen war der Leiter des Dezernates für Großfälle beim Generalkläger, Regierungsrat Friedrich Victor Risse.<sup>36</sup> Mit ihm hat es eine besondere Bewandnis, wie wir noch sehen werden.

Der Bayerische Landtag setzte einen Untersuchungsausschuß ein, der die Vorgänge im Sonderministerium um die beschleunigte Entnazifizierung Josef Müllers aufdecken sollte.<sup>37</sup> Der Untersuchungsausschuß tagte hauptsächlich im Februar/März 1947. Die Ergebnisse trug der SPD-Abgeordnete Josef Kiene am 18. Juli 1947 im Landtag vor.<sup>38</sup> Der Antrag der SPD vom 21. Dezember 1946 lautete, die Einmischung von Angestellten des Sonderministeriums bei der Regierungsbildung zu untersuchen. Der Ausschuß bejahte die Frage, ob Ziebell versucht habe, die SPD-Fraktion für eine Wahl Josef Müllers zum Ministerpräsidenten zu gewinnen. Der Ausschuß fand keine Beweise für eine Anstiftung Ziebells durch Müller und unterstellte, der Leiter der Rechtsabteilung des Sonderministeriums habe aus Ehrgeiz gehandelt. Die einzelnen Vorwürfe gegen Ziebell sind uns geläufig, nämlich der Versuch eines Schnellverfahrens zur Entnazifizierung Müllers und die Einflußnahme auf Dehler in dem Sinne, das Verfahren einzustellen. Damit habe Ziebell seine berufliche Position in unzulässiger Weise eingesetzt.

Die Recherchen über den Leiter der Informationsabteilung beim Generalankläger, Risse, – insbesondere im Zusammenhang mit einer anonymen Anzeige gegen Anton Pfeiffer – blieben ergebnislos, obwohl ein dringender Verdacht bestand. Staatssekretär Arthur Höltermann gab

<sup>30</sup> Fait, Anfänge, S. 171-173. Vgl. auch Schlemmer, Aufbruch, S. 180; Hettler, Josef Müller, S. 307f.

<sup>31</sup> Fait, Anfänge, S. 168f.

<sup>32</sup> Wolf, CSU und Bayernpartei, S. 36-40. Allgemein zur Bayernpartei: Unger, Bayernpartei.

<sup>33</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 4.1.1947: „Dr. Ziebell seines Amtes enthoben“; Die CSU 1945-1948, S. 1947; Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 446f.

<sup>34</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 18.1.1947: „Schnellverfahren für Mitläufer eingestellt“.

<sup>35</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 7.1.1947: „Krise im Sonderministerium“. Zum Verhalten von Loritz als Sonderminister 1946/47: Woller, Loritz-Partei, Kap. III.

<sup>36</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 4.1.1947: „Neuer Besen bei der Säuberung“; „Telegraf“ (Berlin, SPD), 3.1.1947: „Protest in Bayern“.

<sup>37</sup> „Neue Zeitung“, 10.3.1947: „Regierung im Zeugenstand“.

<sup>38</sup> Zum Folgenden: Plöhn, Untersuchungsausschüsse, S. 192-195. Dazu auch „Südost-Kurier“, 19.2.1947: „Was geschah bei der Regierungsbildung?“

in der Öffentlichkeit an, Risse dürfe sich nicht Dezernent nennen, weil er vom Ministerium nur zu Ermittlungen eingesetzt worden sei. Zudem laufe ein Disziplinarverfahren gegen ihn.<sup>39</sup> Dieses Disziplinarverfahren enthielt folgende Anschuldigungen:<sup>40</sup> 1) Risse habe im Juli/August 1946 versucht, dem Münchner Hotelpächter D. eine Wohnung abzunehmen, die er für sich selbst beanspruchte; dabei ließ er D. willkürlich verhaften. 2) Fragebogenfälschung: Er habe eine einmonatige Gefängnisstrafe verschwiegen. 3) Während seiner Zeit als Bürgermeister von Bad Kreuznach (April bis Juni 1946) soll Risse Dokumente über eine Veruntreuung von Geldern verschwinden gelassen und seine Position zur Erlangung persönlicher Vorteile genutzt haben. 4) Er habe in München das Spruchkammerverfahren gegen Professor E. ohne Erlaubnis in die Öffentlichkeit getragen. 5) Er sei nicht berechtigt gewesen, den Titel „Regierungsrat“ zu führen.

Unter diesen Umständen reichte Risse am 25. November 1946 beim Sonderministerium ein Entlassungsgesuch ein, das er mit Differenzen zwischen ihm und Ministerialrat Hertle begründete. Dehler warf Risse im Untersuchungsausschuß vor, aus eigenem Antrieb eine geheime Akte über Minister Pfeiffer angelegt zu haben.<sup>41</sup> Offenbar wußte Dehler nicht, daß ihm ein amerikanischer Geheimagent gegenüberab! Loritz erklärte dem Ausschuß, Risse habe versucht, nach seinem Ausscheiden aus dem Sonderministerium Dokumente beiseitezuschaffen. Der Ausschußvorsitzende Carl Hannsjörg Lacherbauer (CSU) erhielt anonyme telefonische und briefliche Warnungen davor, Ziebell zu behelligen, denn dieser verfüge über gute Beziehungen. Im Untersuchungsausschuß konnte aber auch die Integrität Müllers nicht unzweifelhaft dokumentiert werden.<sup>42</sup>

## b) Christian Jürgen Ziebell

Mit Christian Jürgen Ziebell sind wir einem Mann begegnet, der in den nächsten Jahren eine der Schlüsselfiguren der internationalen Spionageszene wurde. 1906 in Treuenbrietzen (Mark Brandenburg) als Sohn eines Berliner Rechtsanwalts geboren, studierte Ziebell nach seinem Abitur 1925 Jura, Staatswissenschaften und Forstwirtschaft.<sup>43</sup> Nach dem Referendarexamen 1930 ging er zum Berliner Kammergericht. 1934 agierte er für wenige Monate bei der Staatsanwaltschaft Berlin, wo er sich nicht bewährte.<sup>44</sup> Danach wurde er Rechtsberater der Deutschen Arbeitsfront. Er erhielt im Oktober 1936 die Zulassung als Anwalt beim Kammergericht Berlin. Seit 1933 gehörte er der Motor-SA bzw. dem Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps an und war seit Juli 1937 Rechtsreferent der Motor-Brigade Berlin. Im September 1938 verklagten ihn der argentinische Konsul in Berlin und deutsche Juden, weil er diesen Einreisevisa in südamerikanische Länder für hohe Geldbeträge versprochen hatte. Er gab ihnen gestohlene finnische Pässe, die sich als unbrauchbar erwiesen. Ziebell wurde am 19. Oktober 1938 verhaftet und am 21. März 1940 vom Landgericht Berlin wegen Hehlerei zu

<sup>39</sup> „Süddeutsche Zeitung“, 7.1.1947: „Krise im Sonderministerium“; „Südost-Kurier“, 8.1.1947: „Disziplinarverfahren gegen Risse“. Vgl. auch Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 447, Anm. 394.

<sup>40</sup> AdsD, Sammlung Personalien, Bd. 2468, Betrifft: Friedrich Victor Risse, hier: S. 7-22.

<sup>41</sup> „Der Tagesspiegel“ (Berlin), 9.3.1947: „Bayern: Anklagen gegen Dr. Ziebell“. Dazu auch Reuter, „Graue Eminenz“, S. 119.

<sup>42</sup> So Plöhn, Untersuchungsausschüsse, S. 195.

<sup>43</sup> HHSt, Staatskanzlei, Abt. 502, Bd. 7853, Bericht Schwebbachs, Betr.: Dr. Ziebell, Christian, Friedrich, Jürgen, 16.9.1952.

<sup>44</sup> BA, B 136, Bd. 132, Redeentwurf Abichts für Adenauer, 8.10.1955 (auch für das Folgende). Eher vage Angaben: Munzinger-Archiv, 14.1.1956: Jürgen Ziebell.

einer Freiheitsstrafe von 15 Monaten verurteilt.<sup>45</sup> Ein Ehrengerichtsverfahren der Anwaltschaft gegen ihn im Jahre 1940 blieb unvollendet, weil Ziebell freiwillig aus der Anwaltschaft ausschied.

Nach dem Krieg verschwie er seine nationalsozialistische Vergangenheit und wandelte das Strafverfahren von 1938 kurzerhand in eine politisch motivierte Verfolgung um. Auf dieser Basis gelangte er 1946 ins bayerische Sonderministerium, wo er sich als „Doktor“ bezeichnete. Das Landgericht Berlin hatte schon 1940 ermittelt, daß Ziebell nicht berechtigt war, den Dokortitel zu führen. Im Jahre 1945 scheint er in Bad Dürkheim für eine Firma Anton E. gearbeitet und dabei bereits den Decknamen de Laborie benutzt zu haben.<sup>46</sup> Dies ist ein Indiz für frühzeitiges Engagement im französischen Geheimdienst.

Ministerialdirektor Erich Schuster vom hessischen Innenministerium bat Schwebbach (Landesamt für Verfassungsschutz) im September 1952 um einen Bericht über Ziebell.<sup>47</sup> Schwebbach mußte sich an Ziebells Angaben halten.<sup>48</sup> Dieser behauptete, die Gestapo habe ihn 1938 wegen Vertretung von Juden und Nazi-Gegnern vor Gericht verhaftet. 1940 auf freien Fuß gesetzt, diente er 1942 bis 1945 bei der Wehrmacht. Bei den Nürnberger Prozessen wirkte er als Verteidiger mit. Er wurde 1933 von einer Hochschule in New York zum Dr. h.c. ernannt aufgrund einer Arbeit über Volksmedizin. Dies alles ist anderweitig nicht belegt und mit Vorsicht zu genießen.

Marmann (BMJ) berichtete am 18. Mai 1953 der Oberstaatsanwaltschaft Hannover von der Vorstrafe Ziebells wegen fortgesetzter Hehlerei aus dem Jahre 1940, die seit einem Tilgungsverfahren im Jahre 1952 gelöscht sei.<sup>49</sup> Das Ministerium für politische Befreiung teilte dem Oberstaatsanwalt beim Landgericht Hannover am 23. Juni 1953 auf dessen Anfrage mit, Ziebell sei vom 1. Dezember 1945 bis 31. Dezember 1946 Abteilungsleiter mit der Dienstbezeichnung Ministerialrat beim Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben gewesen.<sup>50</sup> Er war nicht im Beamtenverhältnis beschäftigt. Als Angestellter war er später nicht befugt, sich „Ministerialrat a.D.“ zu nennen.

Welche Rolle Ziebell nach Kriegsende in München spielte, zeigt ein Bericht aus dem Umkreis des Verfassungsschutzes vom 4. Januar 1953.<sup>51</sup> Er stammt wahrscheinlich von Friedrich Victor Risse, der die Vorgänge aus nächster Nähe miterlebte und später in einer Broschüre unter Pseudonym ganz ähnlich schilderte.<sup>52</sup> Risse nannte sich dabei „Clemens“ und bezeichnete sich als Vertrauensmann der Amerikaner im kommunistisch dominierten Sonderministerium.<sup>53</sup> Er nahm einen „wissentlich gefälscht[en]“ Bericht über Ziebell vom 8. Mai 1952<sup>54</sup> zum Anlaß, Näheres über dessen Münchner Zeit festzuhalten. Dieser arbeitete von November 1945 bis Januar 1947 als Ministerialrat und Leiter der Rechtsabteilung im bayerischen Ministerium für politische Befreiung. Bis zum Sommer 1946 hatte er seine Diensträume in der Prinzregentenstraße, danach im Sonderministerium in der Königinstraße. Es gab bis Mai 1946 außer Ziebell keinen Volljuristen im Entnazifizierungsministerium. Einer

<sup>45</sup> Dazu auch BA, B 141, AZ 4023 E (1), Bd. 2, Bl. 19-20, Vermerk Grütznerns, Geheim, 12.10.1955. Demnach wurde Ziebell zwischen 1938 und 1942 auch wegen Bestechung, Unterschlagung und Devisenvergehen angeklagt.

<sup>46</sup> BA, B 136, Bd. 241, Schreiben Müllenbachs (Bundesgeschäftsstelle der CDU) an Globke, 25.1.1956.

<sup>47</sup> HHSt, Staatskanzlei, Abt. 502, Bd. 7853.

<sup>48</sup> Ebd., Bericht Schwebbachs, Betr.: Dr. Ziebell, Christian, Friedrich, Jürgen, 16.9.1952.

<sup>49</sup> BA, B 141, AZ 4023 E (1), Bd. 1, Bl. 74, Vermerk Marmanns, 27.5.1953.

<sup>50</sup> PA/AA, B 130, Bd. 13795.

<sup>51</sup> BA, B 136, Bd. 241, Betr.: Konrad Schmeisser, 4.1.1953, S. 1-12.

<sup>52</sup> Hover, Fall Schmeisser, S. 5-11, 14-16.

<sup>53</sup> Ebd., S. 7. – Tatsächlich galt Risse als „CIC-Agent“ (Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 447, Anm. 394). Offenbar war Risse 1945/46 aber keineswegs antikommunistisch eingestellt, wie er später behauptete (AdsD, Sammlung Personalien, Bd. 2468, Betrifft: Friedrich Victor Risse, hier: S. 33).

<sup>54</sup> Dazu Kap. VI.6b.

der Mitarbeiter Ziebells war Hans-Konrad Schmeisser. Die einzelnen Abteilungen unterstanden jeweils dem entsprechenden Zweig der amerikanischen Militärregierung. Das Ermittlungsressort wurde von dem einflußreichen Kommunisten Max Holy geleitet. Dieser war für Kläger und Ermittler bei den bayerischen Spruchkammern zuständig, Ziebell hingegen für Bekanntgabe und Durchführung der Entnazifizierungsgesetze. Der kommunistische Minister Heinrich Schmitt sei nur eine repräsentative Figur gewesen und habe den Kontakt zum Kabinett gehalten. Ziebell führte alle Besprechungen über Entnazifizierungsfragen mit Kollegen aus anderen Ländern oder mit OMGUS, denn der gelernte Buchdrucker Heinrich Schmitt sei dazu außerstande gewesen. Alle juristischen Weisungen an bayerische Behörden zur Entnazifizierung stammten von Ziebell, dem eigentlichen Sonderminister.<sup>55</sup>

Schmitt und Holy hätten sich vor allen Dingen nach den Weisungen der KPD gerichtet. In Holy's Abteilung arbeitete allerdings Risse, der parteipolitisch ungebunden war, aber wegen seiner Haft im KZ Buchenwald toleriert worden sei. Außer Risse hätten sich dort nur „linientreue Kommunisten“ befunden. Als die amerikanische Militärregierung die Entlassung Schmitts durchsetzte, mußten gleichzeitig sämtliche Mitarbeiter der Ermittlungsabteilung ausscheiden – außer Risse. Schmeisser verblieb in der Rechtsabteilung, denn entgegen seinen Behauptungen im Zweckbericht vom 8. Mai 1952 sei er nie von Schmitt beauftragt worden, die Ermittlungsabteilung zu überwachen. Schmitt habe Risse unmittelbar vor seinem Sturz wegen seines Anti-Kommunismus gefeuert, doch sein Nachfolger Pfeiffer stellte ihn wieder ein.

Ziebell nutzte seinen Einfluß, um mit maßgebenden Persönlichkeiten von Politik, Wirtschaft und Hochadel in Verbindung zu kommen. Er bediente sich seiner Kontakte beispielsweise zur Ausstaffierung seiner Villa in der Robert-Koch-Straße in Geiseltal mit kostbaren Möbeln, Teppichen und Bildern, die aus einem bayerischen Schloß herrührten. Diese Villa hatte einem Ortsgruppenleiter der NSDAP gehört und war von Ziebell beschlagnahmt worden. Ziebells Einkommen von 1.000 RM monatlich habe nicht für seinen Lebenswandel genügt, zumal auch seine in der Tschechoslowakei geborene Frau hohe Ansprüche stellte. Als der Bürgermeister von Grünwald ihm Schwierigkeiten wegen seines Hauses machte, habe Ziebell dies dank der Bekanntschaft seiner Frau mit einem hohen amerikanischen Offizier tschechischer Herkunft gemeistert.

Bei Ziebell hätten ehrliche Geschäftsleute und frühere Offiziere ebenso verkehrt wie zwielichtige Schwarzmarktprofiteure. Manche dieser Männer ließen sich als ehemalige NSDAP- oder SS-Leute von Ziebell beraten. Ziebell verfügte dank seines Einflusses auf Schmitt über glänzende Beziehungen zur KPD, die ihrerseits glaubte, ihn dank präziser Informationen über seine anrüchige Vergangenheit in Berlin in der Hand zu haben. Risse war einmal Zeuge, als ein KP-Funktionär andeutungsweise Details aus dem Vorleben Ziebells ansprach. Zu diesem Zeitpunkt löste sich Ziebell von der KPD, weil die amerikanische Militärregierung sich anschickte, kommunistisch eingestellte Personen aus dem höheren Beamtentum zu entfernen.<sup>56</sup> Die KPD habe auf eine Veröffentlichung der Angaben über Ziebell verzichtet, als dieser versprach, Stillschweigen über kommunistische Machtpositionen in der bayerischen Verwaltung zu bewahren. Ziebell besaß einen guten Draht zu Josef Müller, aber auch zu Philipp Auerbach, Alfred Loritz oder Kronprinz Rupprecht. Ziebell verkehrte zudem mit Max Kolmsperger und seiner Umgebung, die einen separaten bayerischen Staat unter französischer Protektion anstrebten.

<sup>55</sup> Tendenziell bestätigt von Niethammer, *Mitläuferfabrik*, S. 357.

<sup>56</sup> Ziebell behauptete in einer Vernehmung am 5.12.1953, Schmeisser habe zunächst völlig im Fahrwasser der KPD geschwommen, während er selbst im Zusammenwirken mit OMGUS den kommunistischen Einfluß im Sonderministerium beseitigt habe (PA/AA, B 130, Bd. 13798).

Die späteren Turbulenzen um den impulsiven, als Staatskommissar für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte seit Oktober 1946 bzw. Präsident des Landesentschädigungsamtes seit November 1949 gefürchteten und manchmal auch gehaßten Juden Philipp Auerbach<sup>57</sup> lassen erahnen, wie brüchig die Rechtsgrundlage der Wiedergutmachung in der Frühzeit war. Auerbachs anfangs enges Verhältnis zur amerikanischen Besatzungsmacht und seine bisweilen umstrittenen Praktiken beim Einsatz für Juden in einem rechtlich nicht definierten Raum schufen ihm Feinde, allen voran Josef Müller. Korruption gab es in seiner Behörde zweifellos, und ein Abteilungsleiter entzog sich der Rechtsprechung durch die Flucht. Auerbach wurde Anfang 1951 wegen Untreue und passiver Bestechung angeklagt und am 14. August 1952 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er wählte daraufhin in Verzweiflung den Freitod mit einer Überdosis Schlaftabletten.<sup>58</sup> Was einen fehlbaren, aber im Kern lauterer Menschen wie Auerbach in den Untergang trieb, war für eine Verbrechernatur wie Ziebell ein Jungbrunnen: verantwortliches Handeln in Ausnahmezeiten wie den späten 1940er Jahren.

Ziebell schien in die elegante Umgebung von Geiseln zu passen, fuhr Risse fort. Dank der Manieren eines Grandseigneurs imponierte er selbst hochgestellten Persönlichkeiten. Der schlanke Mittvierziger mit fast italienischem Teint wirkte wie ein „Diplomat alter Schule“.<sup>59</sup> Man hätte kaum vermutet, daß er einst seine Position als Anwalt beim Berliner Kammergericht aufgeben mußte, um eine fünfzehnmonatige Haftstrafe wegen Hehlerei anzutreten. Zudem ließ Ziebell sich seinerzeit „jede Unterstützung verfolgter Juden mit horrenden Summen vergüten“.<sup>60</sup>

Wie kam es zu Ziebells Entlassung durch Loritz im Januar 1947? Risse zufolge waren zum einen der aufwendige Lebensstil und die dubiosen Geldquellen Ziebells aufgefallen. Der neue Sonderminister Pfeiffer hatte einen juristischen Berater mitgebracht, was Ziebell ihm übelgenommen habe. Auch zu den Verhandlungen mit den anderen Ländern wurde Ziebell nicht mehr herangezogen. Als weitere Juristen ins Sonderministerium eintraten, sei sein Einfluß spürbar zurückgegangen. Pfeiffer pflegte auch zu OMGUS eigene Verbindungen. Ziebell habe zum Gegenschlag ausgeholt. Laut Risse redete er Müller im Oktober 1946 ein, er sei altes SPD-Mitglied und habe auch bei den Flüchtlingsverbänden Einfluß. Deshalb könne er Koalitionsverhandlungen führen und ihm den Weg zum Ministerpräsidenten bahnen. Müller sei auf den Vorschlag eingegangen. In Wirklichkeit hätten sowohl die SPD als auch die Vertriebenen Ziebell mit Mißtrauen betrachtet. Pfeiffer habe von den Machenschaften Ziebells erfahren und gehört, dieser wolle im Falle des Erfolgs seiner Bemühungen Justiz- oder Sonderminister, zumindest aber Staatssekretär werden. Pfeiffer strebte seinerseits das Amt des Ministerpräsidenten an und leitete kurz vor den Wahlen ein Entnazifizierungsverfahren gegen Müller ein, weil dieser zur deutschen Abwehr gehört hatte. Er tat dies ungeachtet der Mitwirkung Müllers am 20. Juli. Pfeiffer wußte, daß bis zur Klärung des Falls einige Zeit vergehen mußte. Er habe ferner die Befürworter Müllers aus der Reserve locken wollen.

Ziebell sei nervös geworden und habe versucht, Müller in einem Eilverfahren binnen fünf Tagen zu entnazifizieren. Zu diesem Zweck intervenierte er bei den Ermittlungen des

<sup>57</sup> Grundlegend zur Biographie Auerbachs: Ludyga, Philipp Auerbach.

<sup>58</sup> Zur „Affäre Auerbach“: Ebd., S. 105-131; Goschler, Fall Auerbach; Fröhlich, Philipp Auerbach; Kraushaar, Auerbach-Affäre; Bergmann, Philipp Auerbach; Balcar/Schlemmer (Hrsg.), An der Spitze der CSU, bes. Nr. 51a; „Der Spiegel“, Nr. 7/1951, 14.2., S. 10-12: „Wiedergutmachung: Ermittlung gegen Unbekannt“; „Der Spiegel“, Nr. 19/1951, 9.5., S. 11-13: „Auerbach: Ausgleich und Versöhnung“; „Der Spiegel“, Nr. 27/1952, 2.7., S. 8-10: „Auerbach-Prozeß: Lehm in Töpfers Hand“; „Der Spiegel“, Nr. 34/1952, 20.8., S. 5-8: „Auerbach: Was nie zur Sprache kam“. Die Artikel des „Spiegel“ zeigen, daß auch nach der neuesten, ohnehin nicht voll befriedigenden Studie von Ludyga keineswegs alle Hintergründe der „Auerbach-Affäre“ geklärt sind.

<sup>59</sup> Hover, Fall Schmeisser, S. 9.

<sup>60</sup> Ebd., S. 16.

Dezernats für Großfälle und wandte sich an den Generalkläger Thomas Dehler, um ihn zur Einstellung des Verfahrens zu bewegen. Ziebell habe eine angebliche Anordnung des Entnazifizierungsoffiziers der amerikanischen Militärregierung konstruiert, wonach im Falle Müller unverzüglich eine Sonderkammer eingesetzt werden könne, deren Zusammensetzung Ziebell anheimgestellt sei. Risse, inzwischen Leiter des Dezernats für Großfälle, fragte im Einvernehmen mit Dehler bei OMGUS nach und erhielt zur Antwort, General Clay wünsche keinesfalls eine Einmischung in deutsche Angelegenheiten. Eine Sonderkammer für Müller verstieße gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung. Die von Ziebell genannte Weisung war Clay nicht geläufig. Aufgrund dieser Stellungnahme lehnte Dehler ein Sonderverfahren gegen Müller ab. Nachdem auch dieses Manöver gescheitert war, habe Ziebell einen Zeugen benannt, der aussage, Pfeiffer sei im Dritten Reich nach Tunis zur Nachrichtenbeschaffung für die deutsche Abwehr geschickt worden.<sup>61</sup> Infolge dieser Erklärung an Eides Statt wurde auch gegen Pfeiffer ein Entnazifizierungsverfahren eröffnet. Bis zur Kür des bayerischen Ministerpräsidenten ließ sich weder der Fall Müller noch der Fall Pfeiffer erledigen.

Pfeiffer ging nach der Wahl Ehards wieder in die bayerische Staatskanzlei zurück, wo er für auswärtige Angelegenheiten Bayerns zuständig war und den Titel eines Staatsministers als Leiter der Staatskanzlei behielt. Ziebell hoffte, unter seinem alten Bekannten Loritz wieder größeren Einfluß zu gewinnen. Doch Pfeiffer setzte die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses durch, der die Einmischung von Angehörigen des Sonderministeriums bei der Regierungsbildung klären sollte. Der Ausschuß gelangte zu dem Ergebnis, Ziebell sei bestrebt gewesen, Müller zum bayerischen Ministerpräsidenten zu machen. Pfeiffer hatte angeblich nicht versäumt, die Aufmerksamkeit der Amerikaner auf Ziebell zu lenken. Diese seien über seine Konstruktionen in bezug auf die amerikanische Begünstigung einer raschen Entnazifizierung Müllers verärgert gewesen. Bei ihren Ermittlungen gegen Ziebell hätten die Amerikaner festgestellt, daß er sich Titel zulegte, die ihn als Beauftragten von OMGUS erscheinen ließen.<sup>62</sup> Daraufhin erging ein Haftbefehl gegen Ziebell, dem sich dieser durch die Flucht entzog. Freunde aus dem bayerischen Separatismus verhalfen Ziebell zu einer Existenz in Saarbrücken.

Diese Erkenntnisse des Verfassungsschutzes stimmen weitgehend mit den Fakten überein. Es besteht daher kein Anlaß, an der Wahrheit der wohl von Risse stammenden Überlieferung zu zweifeln. Ziebells dunkle Geschäfte in Bayern sind einwandfrei erwiesen. Er kooperierte dabei nach Bedarf mit der KPD oder OMGUS. Politische Macht und guter Verdienst standen für ihn an oberster Stelle. Risse übertrieb sicherlich die Makellosigkeit seiner eigenen Person. Wie wir sahen, muß seine Glaubwürdigkeit als begrenzt gelten. Was er über Ziebell berichtete, scheint aber zutreffend zu sein.

Ziebell bewarb sich am 15. September 1950 um eine Anstellung beim Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV).<sup>63</sup> Bei der Schilderung seines Werdegangs sprang er von seiner Tätigkeit beim Berliner Kammergericht bis 1935 gleich ins Jahr 1945. Im bayerischen Sonderministerium habe er die kommunistischen Umtriebe bekämpft und den Minister Heinrich Schmitt gestürzt. Seine eigene Entlassung im Dezember 1946 führte er auf Intrigen der Kommunisten zurück. Im Saargebiet sei er journalistisch tätig gewesen. Von nachrichtendienstlichen Aktivitäten ließ er kein Wort verlauten.

---

<sup>61</sup> Die Recherchen von Reuter förderten Informationen über eine Tätigkeit Pfeiffers für die Abwehr zutage, ohne den Sachverhalt eindeutig aufklären zu können (Reuter, „Graue Eminenz“, S. 76-84, 118f.).

<sup>62</sup> Zum folgenden auch: Hover, Fall Schmeisser, S. 22-24. Vgl. dazu Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 383f.

<sup>63</sup> BA, B 141, Bd. 12083.

Schmeisser soll von der KPD in das Sonderministerium gebracht worden sein, um Ziebell und Risse zu kontrollieren.<sup>64</sup> Nach der Entmachtung der Kommunisten hütete sich Schmeisser davor, die ihm aufgetragene Überwachung fortzusetzen und präsentierte sich lieber als braver Angestellter.<sup>65</sup> Anfang Juli 1946 trat Heinrich Schmitt zurück.<sup>66</sup> Hoegner wollte ihn vom Minister zum Staatssekretär unter Anton Pfeiffer degradieren, weil der CSU als stärkster Kraft in Bayern entsprechendes Gewicht verliehen werden müßte. Schmitt führte die bei der Entnazifizierung aufgetretenen Schwierigkeiten auf Sabotage reaktionärer Kreise zurück, was Hoegner nur teilweise einräumte und unterstrich, die CSU habe sich zur Mitwirkung bereit erklärt. In jenen unüberschaubaren Zeiten scheint Observierung eine bedeutende Rolle gespielt zu haben.

Das BMI erkundigte sich am 16. Juni 1951 beim BMJ, ob dort etwas über Ziebell bekannt sei, der sich für den Bundesdienst beworben habe.<sup>67</sup> Am 25. Juni erhielt das BMI leihweise eine Personalakte Ziebells.<sup>68</sup> Das BMI sandte die Dokumente dem BMJ am 7. August mit der Bemerkung zurück, eine Einstellung Ziebells beim BfV komme nicht in Betracht.<sup>69</sup>

Ziebells Lebenslauf für das BfV hatte also verdächtige Lücken. Sie sind auf strafrechtliche Verfehlungen und Aktivitäten zugunsten des Nationalsozialismus zurückzuführen. Wie stand es aber mit seinem Verhältnis zur bayerischen KP? Risse hatte dargelegt, wie Ziebell sich eine Zeitlang ausgezeichnet mit den Kommunisten arrangierte. Die KP schilderte auch ihrerseits, wie sie die aufsehenerregenden Ereignisse in Bayern im Jahr 1946 beurteilte.

Eine Bestätigung für die Mitwirkung der KPD am Intrigenspiel um das Sonderministerium bietet ein Artikel des SED-Organs „Neues Deutschland“. Die Parteizeitung griff die Affäre am 1. Januar 1947<sup>70</sup> auf und warf den bayerischen Politikern vor, Ziebell beseitigen zu wollen, weil er unbequem geworden sei. Hoegner habe ihn zum Aufpasser des kommunistischen Sonderministers Heinrich Schmitt gemacht. Ziebell habe einen kommunistischen Ministerialrat und dann den Minister selbst ausgeschaltet. Er sei bemüht gewesen, finanzstarke Nationalsozialisten in geeigneter juristischer Form davonkommen zu lassen, wobei er sich die Sozialistenfurcht der Amerikaner zunutze gemacht habe. Dem „Neuen Deutschland“ zufolge besaß Ziebell den Rückhalt Hoegners und Pfeiffers. Das angebliche Disziplinarverfahren gegen ihn sei von Schmitt gefordert, von Hoegner aber verschleppt worden. Lediglich der Fehltritt im Fall Müller habe Ziebell die Unterstützung der Machthaber gekostet, die seine Korruption gedeckt hätten.

Die SED wollte vertuschen, wie die bayerische KPD selbst mit Ziebell kooperiert hatte. Als die amerikanische Besatzungsmacht den Kommunisten zu mißtrauen begann, drehte Ziebell sein Fähnlein nach dem Wind und intrigierte gegen Schmitt und seine Getreuen. Hoegner mag dies durchaus begrüßt haben. Ziebells Bestechlichkeit wurde von der bayerischen Staatsregierung aber rasch wahrgenommen und zum Anlaß von Nachforschungen gemacht. Der Einsatz Ziebells für Müller war dann der Auslöser für die Beseitigung dieses gefährlichen Ministerialbeamten.

<sup>64</sup> Hover, Fall Schmeisser, S. 14.

<sup>65</sup> Ebd., S. 17.

<sup>66</sup> „Neue Zeitung“, 5.7.1946: „Briefwechsel um Ministerwechsel“. Dazu Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 374f.; Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 139-141.

<sup>67</sup> BA, B 141, Bd. 12083.

<sup>68</sup> Ebd. Diese Personalakte ließ sich nicht ermitteln.

<sup>69</sup> Ebd.

<sup>70</sup> „Neues Deutschland“, 1.1.1947: „Neuer Skandal im bayerischen Säuberungsministerium“.

## 2) AKTENDIEBSTAHL IN DER STAATSKANZLEI IM NOVEMBER 1947

## a) Der Einbruch und seine Hintergründe

Als der französische Agent Hans-Konrad Schmeisser nach seiner Abschiebung aus Frankreich am 16. Januar 1952 in Kehl vernommen wurde<sup>71</sup>, berichtete er eine erstaunliche Geschichte, die er in ähnlicher Form schon im Polizeipräsidium von Wiesbaden am 22. November 1951 geschildert hatte<sup>72</sup>: Im November 1947 wollte sich François Durtal vom *Deuxième Bureau* Unterlagen über die bayerisch-pfälzische Bewegung aus der bayerischen Staatskanzlei beschaffen. Laut Schmeisser hatte eine französische Dienststelle in Österreich den Auftrag zum Aktendiebstahl erteilt. Er behauptete, der Protokollchef der bayerischen Staatskanzlei Hans von Herwarth habe schon früher Beziehungen zum französischen Nachrichtendienst unterhalten, und seine Frau sei nach dem Krieg in Kitzbühel für die französische Abwehr tätig gewesen. Von Herwarth habe den Tip hinsichtlich der Dokumente in der bayerischen Staatskanzlei gegeben. Er erhielt jedoch nicht den Auftrag, die Akten zu entwenden. Dies habe an Kommunikationsproblemen zwischen den französischen Geheimdiensten gelegen, denn die ausführende Stelle in Neustadt a.d.W. hatte mit derjenigen von Herwarths in Österreich nichts zu tun.

Schmeissers in München wohnende Freundin Dorothy Schretzmair wurde dazu ausersehen, das Material zu „besorgen“. Nach anfänglichem Sträuben erklärte sie sich dazu bereit. Es gelang Dorothy, aus der Registratur der Staatskanzlei eine Pfalz-Akte zu stehlen. Doch die Geheimdienstleute gaben sich damit nicht zufrieden. Nach Sichtung des Ordners kamen sie zu dem Ergebnis, es müsse noch ein internes Dossier geben, das im Zimmer von Herwarths oder des Leiters der Staatskanzlei Anton Pfeiffer zu suchen sei. Schretzmair wurde genötigt, ihre Aktion weiterzuführen. An einem Novemberabend des Jahres 1947 versteckte sie sich kurz vor Dienstschluß in der Staatskanzlei und ließ sich einschließen. Sie durchsuchte die Zimmer von Herwarths und Pfeiffers und fand die gewünschten Akten. Sie sprang durch ein Fenster und gelangte über einen Hinterhof in die benachbarte Beamtensiedlung. Dort klopfte sie und erzählte, sie sei bei einem Besuch versehentlich eingeschlossen worden. Man öffnete ihr die Tür, und sie gelangte ins Freie. Sie ging in die Veterinärstraße zu dem Photographen M., wo ihre Spießgesellen auf sie warteten. Neben Durtal und drei weiteren Franzosen waren dies auch zwei deutsche Agenten: Dr. Aloys Masloh und Hans-Konrad Schmeisser.

Durtal und seine Begleiter hatten ein Fotokopiergerät von der Größe eines Teetisches, einen Transformator und Photoapparate nach München mitgebracht. Glücklicherweise mit den entwendeten Akten bei Photograph M. angelangt, schaltete man den Transformator ein, der jedoch solchen Lärm machte, daß man ihn sogleich wieder abstellte. Dorothy Schretzmair übergab die Dossiers und ging dann in die Wohnung ihres Vaters, die gleich darunter lag. Joseph Schretzmair sollte keinen Verdacht schöpfen. Inzwischen wurden die Schriftstücke Blatt für Blatt mit einer Leica fotografiert. Die Originalakten sollten in die Staatskanzlei zurückgebracht werden. Allein, dies erwies sich als unmöglich, da Dorothy beim Suchen ein heilloses Durcheinander angerichtet hatte, so daß der Einbruch nicht unentdeckt bleiben konnte. Masloh behielt das Dossier aus der Registratur für sich und nahm aus einem weiteren Ordner mehrere Vorgänge an sich, ohne daß Durtal dies bemerkte. Dann schickte man sich an, die schweren Apparate wieder in die Wagen zu schaffen. Draußen mühten sich die Männer ab, das sperrige Fotokopiergerät in einem der Autos zu verstauen. Es wurde in der Tür

<sup>71</sup> BA, B 136, Bd. 50385, Bl. 35-42, hier: Bl. 35-36.

<sup>72</sup> Ebd., Bd. 240, hier: S. 5-9. Auszugsweiser Abdruck: Hover, Fall Schmeisser, S. 45-48.

eingeklemmt, und bei dem entstehenden Krach wachte die ganze Straße auf. Einer schrie aus dem Fenster. Durtal leuchtete mit seiner Taschenlampe hinauf und rief etwas in Französisch. Dann hörte man, wie jemand telefonierte. Durtal trieb zur Eile an, denn er vermutete, daß das Überfallkommando der bayerischen Polizei alarmiert wurde. Kaum war die Anstrengung geschafft, ertönte in der Ludwigstraße das Martinshorn. Masloh, Durtal und die anderen Franzosen rasten in den beiden Autos davon, jedes in einer anderen Richtung. Sie wollten sich am Hauptbahnhof treffen.

Schmeisser blieb zurück und versteckte die von Masloh und Durtal zurückgelassene Rest-Akte in einem Ofenrohr. Auch Banderolen von 100 RM-Scheinen lagen noch in der Wohnung von M. und kamen ins gleiche Versteck. Masloh hatte 5.000 RM von Durtal erhalten, Schmeisser 10.000 RM, die er an Dorothy Schretzmair und einen weiteren Mitwirkenden zahlen mußte. Zusammen mit Herr und Frau M. schuf Schmeisser Ordnung. Schon war die Polizei da und drückte auf alle Klingelknöpfe des Hauses. Zehn Mann des Überfallkommandos drangen mit der Waffe im Anschlag in das Gebäude ein. Der Anführer stürmte auf Schmeisser zu und forderte ihn auf, die Schwarzhandelsware herauszurücken. Dieser antwortete scheinbar gleichmütig: Er täusche sich, lediglich ein großer Radio-Musikschrank sei von Freunden aus dem Saarland abgeholt worden und habe beim Abtransport Lärm verursacht. Der Polizist nahm Schmeissers Personalien auf und wollte auch wissen, wer die anderen seien. Schmeisser nannte Masloh; die übrigen kenne er nicht. Der Polizist erkundigte sich, wo die gesuchten Autos hingefahren seien. Schmeisser sagte, sie seien wohl am Hauptbahnhof vorbeigefahren. Daraufhin brauste das Überfallkommando sofort in die angegebene Richtung. Schmeisser erfuhr tags darauf von Masloh, was sich weiter abspielte.

Die beiden Wagen warteten am Hauptbahnhof auf Schmeisser, der Order hatte, sofort dort hinzukommen, falls er in Schwierigkeiten geriete. Dann wollten die Franzosen ihm beistehen. Die deutsche Polizei hatte damals nicht die Befugnis, Besatzungsangehörige zu kontrollieren. Das Überfallkommando begutachtete die beiden verdächtigen Fahrzeuge. Als die Uniformierten sich näherten, sprang Durtal heraus, zog seine Pistole und schrie, sie sollten verschwinden, dies seien französische Autos. Damit schüchterte er die Beamten ein, die sich sofort entfernten. Daraufhin verließen die beiden PKW München und kehrten mit hohem Tempo in die französische Zone zurück.

Diese verblüffende Geschichte entspricht im Kern der Wahrheit, denn sie beruht auf mehreren, teilweise unter Eid vorgenommenen Aussagen. Neben Hans-Konrad Schmeisser erzählte seine Verlobte Dorothy Schretzmair am 15. November 1951 davon.<sup>73</sup> Sie gab ausdrücklich zu, den Aktendiebstahl in der bayerischen Staatskanzlei auf Geheiß von Durtal und Masloh begangen zu haben.

Es gibt noch eine Reihe anderer Zeugnisse, die für die Authentizität des Vorgangs bürgen. Beispielsweise hörte Legationsrat Günter Diehl (Auswärtiges Amt) am 29. November 1952 von dem Aktendiebstahl durch den freien Journalisten Ewald Zweig<sup>74</sup>, der gelegentlich für den „Spiegel“ arbeitete und in nachrichtendienstlichen Kreisen kein Unbekannter war. Zweig sprach u.a. von der unterlassenen Strafverfolgung des Aktendiebstahls in der bayerischen Staatskanzlei. Die Franzosen hätten sich gehütet, zu intervenieren, denn dies wäre dem Eingeständnis ihrer Schuld gleichgekommen.

<sup>73</sup> BA, B 136, Bd. 50385, Bl. 26-28, Protokoll der Vernehmung D. Schretzmairs in Wiesbaden, 15.11.1951, hier: Bl. 26.

<sup>74</sup> PA/AA, B 2, Bd. 354A, Aufzeichnung Diehls, 8.12.1952.

Der SPD-nahe Informationsdienst PPP berichtete am 21. April 1954<sup>75</sup>, in München sei Material beschlagnahmt worden, daß sich auf den Aktendiebstahl von 1947 beziehe. Die Sache sei seit langem bekannt, doch eine Untersuchung der damaligen Vorfälle scheine es nicht gegeben zu haben. Nun werde die Staatsanwaltschaft München eingeschaltet. Unterrichtete Kreise in München rechneten mit Konsequenzen. Es werde angedeutet, politische Stellen hätten bislang erfolgreich eine Nachprüfung des Vorfalls unterbunden. PPP zeigte sich auch über den Ablauf des Aktendiebstahls unterrichtet.

Nichtsdestoweniger sagte der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard am 2. Dezember 1953 in München anlässlich der Ermittlungen im Fall Schmeisser aus, diese Behauptungen seien nach dem Erscheinen des „Spiegel“-Artikels eingehend überprüft worden.<sup>76</sup> Es konnte nicht festgestellt werden, daß Akten fehlten. Die Schilderung des Aktendiebstahls erscheine sowieso unglaubwürdig. Allein, wer konnte erwarten, nach fünf Jahren noch Spuren des Ereignisses zu finden, wenn offenbar von Anfang an versucht worden war, das Geschehene zu vertuschen?

Schmeisser erzählte am 22. November 1951, was mit den Unterlagen passierte, die Masloh heimlich beiseite gelegt hatte.<sup>77</sup> Masloh machte sie gleich mehrfach zu Geld. So erhielt Dieudonné (*Sûreté* Neustadt) die Dokumente, aber auch ein Treibstoff-Großhändler in Neustadt a.d.W., der einer pfälzischen Separatistengruppe angehörte. Schmeisser erwähnte, der pfälzische Regierungspräsident Otto Eichenlaub habe ebenfalls zu dieser Gruppe gezählt. Zu den Adressaten zählte ferner der KPD-Mann Otto Niebergall in Mainz.<sup>78</sup> Masloh wurde bei seiner Verkaufsaktion ertappt und von der französischen Abwehr entlassen. Er arbeitete jedoch weiter für Dieudonné und verlagerte seine Tätigkeit ins Saargebiet.

Welches Interesse besaß eine französische Dienststelle an bayerischen Dossiers über die Pfalz? Die französische Deutschlandpolitik war mindestens bis 1947 auf Zerstückelung ausgerichtet und auch in den folgenden Jahren auf einen möglichst starken Föderalismus fixiert; ein deutscher Staatenbund galt als akzeptabel, ein Bundesstaat traf auf erheblichen Widerstand.<sup>79</sup> Der Historiker Peter Jakob Kock hat über die Rolle der Franzosen in Bayern und ihre Ziele Recherchen angestellt, die zu folgendem Ergebnis gelangten: Frankreich sah die Chance, seinen Einfluß in Bayern zu verstärken, wenn die Pfalz wieder bayerisch wurde.<sup>80</sup> Das Streben Bayerns nach Eigenstaatlichkeit konnte dann wirksamer gefördert werden. Bayerische Politiker wiederum hofften auf eine Rückgewinnung der Pfalz mit französischer Hilfe. Die gleichzeitige Unterstützung pfälzischer Separatisten durch französische Kreise stand nicht im Widerspruch dazu, denn dies konnte als Druckmittel dienen. „Um Bayerns Ohr für französische Staatenbundpläne zu gewinnen, wurde die Pfalzfrage gewissermaßen als ‚Tauschgeschäft‘ ins Spiel gebracht.“ Die Rückgewinnung der Pfalz durch Bayern wurde zwar erst seit 1948 von maßgeblichen politischen Kräften in München mit Nachdruck betrieben, doch an Aufmerksamkeit für die Pfalz fehlte es schon 1945 nicht.<sup>81</sup> Speerspitze der Agitation wurde der von der bayerischen Staatskanzlei subventionierte „Bund Bayern und Pfalz“.<sup>82</sup> Welche Rolle Frankreich bei diesen Vorgängen spielte, konnte von der Forschung noch nicht geklärt werden.

<sup>75</sup> PPP-Inf., 21.4.1954: „Aktendiebstahl wird wieder aktuell“.

<sup>76</sup> PA/AA, B 130, Bd. 13796.

<sup>77</sup> BA, B 136, Bd. 240, hier: S. 5-9.

<sup>78</sup> Dazu auch Hover, Fall Schmeisser, S. 26.

<sup>79</sup> Elzer, Rheinstaat, Kap. II (mit weiteren Hinweisen).

<sup>80</sup> Kock, Weg, S. 126-130. Vgl. auch Hettler, Josef Müller, S. 272-274; Von Herwarth, Von Adenauer zu Brandt, S. 29f., 38-40.

<sup>81</sup> Gelberg, Bayerische Pfalzpolitik.

<sup>82</sup> Nestler, „Die Pfalz gehört zu Bayern“.

Generell entwickelte Frankreich enorme Aktivitäten in Bayern.<sup>83</sup> So hatte das Münchner Generalkonsulat die Ausstattung einer diplomatischen Vertretung. Der bayerische Föderalismus und die französische Deutschlandpolitik besaßen eine „weitgehend identische Zielsetzung“. Nichtsdestoweniger scheint die Zahl bayerischer Politiker, die sich auf separatistische Bestrebungen mit Frankreich einließen, klein gewesen zu sein. Letzteres wird von Karl-Ulrich Gelberg betont, für den die Beziehungen von Hans Ehard oder Anton Pfeiffer mit Frankreich lediglich dazu dienten, die amerikanische Besatzungsmacht für die föderalistischen Vorstellungen der Staatsregierung geneigter zu machen.<sup>84</sup>

Es ist sicherlich richtig, daß die französischen Militärbehörden separatistische Bewegungen nicht blindlings unterstützten. Man hatte aus früheren Erfahrungen gelernt: Solche Gruppierungen waren umso unpopulärer, je enger sie mit der Okkupationsmacht verbunden schienen.<sup>85</sup> Selbstverständlich spielte die Haltung der vor Ort jeweils zuständigen Offiziere in jener unübersichtlichen Zeit eine erhebliche Rolle. Zudem wurde nicht jedes Alpenland- oder Alemannien-Konzept von Kleinstadtbürgermeistern (Bernhard Dietrich aus Singen) oder Archivaren (Otto Feger aus Konstanz) der Förderung für wert gehalten. Dennoch geht es zu weit, daraus zu folgern, man müsse „vom Klischee der französischen Protektion“ separatistischer Kreise in Süd- und Südwestdeutschland Abschied nehmen.<sup>86</sup> Carlo Schmid – Sohn einer Französin – sagte in einem Interview, es sei nicht schwer zu erraten, wer solche abstrusen Ideen finanziell gefördert habe.<sup>87</sup>

Das *Office of Research and Intelligence* (ORI) im *State Department* gelangte offenbar nicht zu tieferschürfenden Erkenntnissen über französische Separationspläne.<sup>88</sup> Jedenfalls traf es am 11. Juni 1946 nur sehr allgemein gehaltene Feststellungen über den Primat französischer Sicherheitsinteressen und die Zurückweisung aller Zentralisierungsbemühungen im wirtschaftlichen und administrativen Bereich. Während die Franzosen generell versuchten, sich soviel wie möglich an Reparationen zu sichern, nahmen sie Rücksicht auf die Wirtschaft in Gebieten, deren Anschluß an Frankreich sie erhofften.

Die „National-Zeitung“ brachte am 10. August 1948 einen Korrespondentenbericht aus München.<sup>89</sup> Das rechtsgerichtete Blatt sprach von Kontakten der bayerischen Staatskanzlei mit französischen Kreisen und nannte Anton Pfeiffer eine „undurchsichtige Erscheinung“. Die Staatskanzlei habe einen Draht zu einer sehr komfortablen Villa, in der ein französischer Minister ohne Portefeuille wohne. Dort könne man bei Abendgesellschaften auch Hundhammer begegnen. Es werde mit Parolen wie „Donauföderation“ eine Politik gegen die Einheit Deutschlands getrieben.<sup>90</sup> Bekanntlich streite der in der Staatskanzlei tätige Baron von Herwarth gar nicht ab, daß seine Ehefrau eine französische Agentin sei. Der Baron behaupte, von ihr getrennt zu leben.

Risse alias Hover vermutet, von Herwarth sei von Schmeisser/Ziebell bewußt diffamiert worden.<sup>91</sup> Es gab keinen plausiblen Grund, nicht den „Mann an der Quelle“ für den Diebstahl einzusetzen, wenn dieser wirklich ein französischer Agent war. Auch die weitgehende Selbstbezeichnung gab Risse zu denken. Er folgerte: „Mit ihr sollte ein psychologischer Erfolg beim Leser erreicht und das dokumentarische Gewicht erhärtet werden. Der Fall Bayern hatte

<sup>83</sup> Kock, Weg, S. 181-194.

<sup>84</sup> Gelberg, Hans Ehard, S. 75-78.

<sup>85</sup> Zu den rheinischen Separatisten von 1919 und 1923: Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik; Köhler, Adenauer und die rheinische Republik.

<sup>86</sup> So Klöckler, Abendland, S. 262, der die Neugliederungskonzepte der genannten Personen untersucht hat.

<sup>87</sup> Schmid, Im Parlamentarischen Rat, S. 130.

<sup>88</sup> Marquardt-Bigman, Geheimdienst-Analysen, S. 224.

<sup>89</sup> „National-Zeitung“, 10.8.1948: „Wilhelmstraße 75? – aber in München“.

<sup>90</sup> Zu diesen Ideen: Klöckler, Abendland, bes. Kap. III.

<sup>91</sup> Hover, Fall Schmeisser, S. 48-50.